

bezirke identifizieren, weil wir wissen, daß die Landesarbeitsgerichte einigermassen und ohne viel Umkosten erreicht werden müssen. Aber welcher Teufel hat seine Finger im Spiel gehabt, daß drei ineinander verwachsene Städte, die wirtschaftlich ein Ganzes bilden, auch drei Landesarbeitsgerichte bekommen mußten, wie Altona, Hamburg und Harburg. Wenn der jetzige Bezirk Nordmark der Landesarbeitsverwaltung, der sich über die politischen Grenzen Preußens, Hamburgs, Lübecks, Mecklenburg-Schwerins und Oldenburgs erstreckt, neben Hamburg ein Landesarbeitsgericht in Kiel, Oldenburg und Güstrow unterhält, dann genügt das vollauf. Auch an diesem Beispiel soll gezeigt werden, wie wegweisend die neuen Wirtschaftsprovinzen sind. Daß sie auch Anwendung auf die Schlichterbezirke finden müssen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Sa, wir stellen unsere Erwartungen sogar noch weiter. Bei allen Umstellungen werden wohl in erster Linie die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sein, die sich der neuen Gebiets-einstellung anpassen. Vor uns liegt gerade die Verbandstagsnummer "Der deutsche Maschinist und Heizer", in der noch aus 20 Wirtschaftsbezirken berichtet wird. Wir greifen nur dieses Beispiel heraus, um an Hand dessen zu zeigen, daß hier die Möglichkeit der Anpassung an die 13 amtlichen Wirtschaftsbezirke durchaus gegeben ist.

Daß die hier aufgezählten Umstellungen nicht von heute auf morgen erfolgen können, ist ohne weiteres klar. Uns lag daran, einmal die Möglichkeiten aufzuzeigen, die durch den mutigen Beschluß des Vorstandes der Reichsarbeitsverwaltung zur Schaffung der 13 Reichswirtschaftsprovinzen gegeben sind. In der Zeit der Rationalisierung innerhalb der Verwaltung wird auch die Regierung bei ihrer angelegentlichsten Verwaltungsreform an den hier vorgebrachten Andeutungen nicht vorbeigehen können. Und noch eins. Wenn die gesamten Reichsverwaltungen im Rahmen der Möglichkeiten auf die 13 Reichswirtschaftsprovinzen abgestellt würden, erreichen wir dann nicht praktisch die Überwindung der politischen Grenzen? Was nachbleibt, wäre der Jurisprudenz und den Politikern zu überantworten, um die staatsrechtliche Form für den neuen Reichsbau zu finden.

Beton- und Kunststeinbearbeitung

IV.

Die Beton- und Kunststeinbearbeitung im 9. Gau machte sich zum erstenmal im Jahre 1909 bemerkbar, indem am Neubau der Baugewerkschule, einem Staatsbau in Frankfurt am Main, der jetzt 1,50 Meter hohe Sockel in Mischtafelmischung ausgeführt wurde. Hierbei handelte es sich um Spiegelquader, die in tadellos steinmehrmäßiger Bearbeitung ausgeführt wurden, und auch bis heute sich gut gehalten haben. Um dieselbe Zeit machte sich das Auftreten des Kunststeins auch in den anderen Städten im Gau bemerkbar. Eigentümlich bleibt es aber immerhin, daß gerade an einem großen Staatsbau, der sonst aus roten Mainfalsandstein ausgeführt ist, wo aber auch das schwere Dachgestims aus Kunststein ausgeführt wurde, und zwar dem roten Sandstein ähnlich, der Staat zu einem Surrogat griff, das sich eigentlich neben dem roten Sandstein nicht schon ausnimmt. Auch die Stadt selbst verwendete damals bereits den Kunststein, besonders an den Bauten des städtischen Krankenhauses. Jedoch kann man sagen, daß trotzdem die Verwendung des Kunststeins immer noch jahrelang eine Ausnahme bildete. Zweifellos hat die vor ungefähr 30 Jahren einsetzende veränderte und vereinfachte Architektur der Bauten, die jetzt wohl ihren Höhepunkt erreicht hat, allgemein die Verwendung des Kunststeins gebracht. Die Verwendung des Materials war allerdings in allen Städten nicht die gleiche, besonders am Rhein machte die Einführung des Kunststeins raschere Fortschritte wie in andern "Ecken" des Gaues. Besonders aber bei Verwendung zu Grabdenkmälern. Im Gegensatz zu heute war es jahrelang allgemein üblich, daß am Bau eingestampftes Material steinmehrmäßig bearbeitet wurde, entweder aufgestockt oder scharriert. Dies hat sich nun nach dem Kriege geändert mit der Zunahme der Verwendung. Es wird heute vielfach bei Erneuerung alter Fassaden ein Voratz angebracht, der dann der steinmehrmäßigen Bearbeitung unterzogen wird. Auch wird heute (seit kurz vor dem Kriege) in den Städten der Kunststein in der Werkstatt genau wie das Natursteinmaterial angefertigt und dann an Bauten versetzt. Der Kunststein wird also heute fast zu allem verwandt, er hat sich infolge

seiner Billigkeit in allen Zweigen der Steinindustrie wie Bauten und Grabdenkmälern eingeführt. Zur Innenarbeit an Bauten wird er ebenfalls stark verwandt; so zu Treppen, Wangen, Decken usw. Man kann heute die Beobachtung machen, daß an den Wohnhäusern, die in den Städten fast nur noch von diesen selbst oder gemeinnützigen Gesellschaften erstellt werden, die Treppenhäuser, die Balkone, ja ganze Bauten nur aus Kunststein hergestellt werden. So baut zur Zeit Frankfurt die große Markthalle, ein 14-Millionen-Projekt, das einen einzigen Betonbau darstellt. Die Stadt Mainz hat sogar selbst eine Kunststeinindustrie, in welcher Werkzeuge für Bauten hergestellt werden. In den ersten Jahren nach Einführung des Kunststeins konnte wohl all-gemein bei Bauten die Beobachtung gemacht werden, daß durch die Bearbeitung dem Surrogat in seiner gleichmäßigen grauen Farbe etwas Leben beigebracht werden sollte. Es wurde also vielfach auf Qualitätsarbeit gesehen. Man versuchte auch heute noch zum Teil die moderne Linienführung bei der Bearbeitung anzunehmen, was vielfach einen ganz ausgezeichneten Eindruck macht, solange die Sache noch neu ist. Man muß aber leider auch konstatieren, daß es vielfach nicht mehr auf Qualitätsarbeit, sondern auf Quantitätsarbeit ankommt. Gerade bei den angeführten Wohnbauten, bei der Außen- als auch bei der Innenarbeit wird heute ein solcher Murr gemacht, daß man es kaum ansehen kann. Den Fachmann jedenfalls, besonders bei Treppenhäusern, stellt dieser Pusch an, und man versucht diese Arbeit dann durch Farbe zu verdecken. Wenn die Arbeit nur recht billig hergestellt wird.

Soweit der 9. Gau in Frage kommt, kann allgemein, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, konstatiert werden, daß Affordarbeit wenig in Frage kam. Die ersten Auswüchse wurden doch allgemein von vornherein ganz energig bekämpft und fast restlos am Stundenlohn festgehalten. Es kam vor, daß für die Kunststeinbearbeitung etwas mehr gezahlt wurde, währenddem heute der Lohn der gleiche ist wie bei andern Arbeiten.

Zur Zeit wird von uns aus der Versuch gemacht, für Kunststeinarbeit einen höheren Lohn zu erhalten als wie für andere Steinmehrarbeit. Leider macht sich schon immer unter den Kollegen der Mißstand bemerkbar, daß, vielleicht angereizt durch ein paar Pfennige mehr Lohn, den einzelne Kollegen bekommen, ein Antreiberhystem herrscht, das unter Gewerkschaftern nicht üblich sein dürfte. Dabei mühten die Kollegen gerade bei dieser doch ungewohnten Arbeit, bei der der Kräfteverbrauch durch das Arbeiten an der Wand und über die Hand ganz enorm ist, sich ihrer Menschenwürde mehr bewußt sein. Es wird unser eifrigstes Streben sein, für die Zukunft nicht nur jede Selbstantreiberei zu bekämpfen, sondern auch für diese Arbeit einen wesentlich höheren Lohn zu erzielen.

Die Auswüchse bei dieser Arbeit sind auch zum großen Teil auf das Unterakkordantensystem zurückzuführen, denn die Arbeit in diesem Berufszweig wird oft vom Maurermeister oder der Betonfirma vergeben, anstatt vom Architekten selbst. Diese berufsfremden Unternehmer wollen auch noch, und zwar zu allererst an der Arbeit ihre Prozente haben. Hinzukommt noch, daß es heute eine Unmenge Unternehmer gibt, mancher Kollege sucht einen eigenen Laden aufzumachen, das heißt sich selbständig zu machen, er macht dann zunächst in Kunststein. Die Folge ist natürlich eine Preisunterbietung, die auf Kosten der Kollegen geht. Haben wir doch heute in Frankfurt bei ungefähr 140 Kollegen gleichzeitig etwa 80 Unternehmer. Die Unterbietung ist oftmals geradezu ungläublich. Bei einer Arbeit an einer Wohnhausgruppe, in der ich jetzt selbst wohne, wo ungefähr 4-5000 Quadratmeter Beton zu stocken war, verlangte der billigste 7200 Mk., der höchste 27 000 Mk. An der neuen Markthalle betrug die Differenz nur 60 000 Mk., so daß zweimal ausgeschrieben werden mußte. Wir haben die Beobachtung gemacht, daß die Folge davon ist, daß weniger Qualitätsarbeit gemacht, daß einfach mal drübergestrichelt und das Gestockte dann angestrichen wird. Das Stocken wird heute auch schon in geringem Maße mit Preßluft ausgeführt. Diese Preisunterbietungen führen eben auch zu einer wesentlichen Verminderung der Arbeitsgelegenheit.

Hilfsarbeiter werden eben auch teilweise beschäftigt, und zwar mit Sodarbeit; auch Maurer versuchen uns da ins Handwerk zu pfeifen. Der Lohn ist teilweise aber bedeutend höher als der der Bauhilfsarbeiter. Soweit orientiert, ist die Entlohnung ungefähr 10 bis 20 Prozent niedriger als beim Steinmeh.

Gegen die Mißstände in der Kunststeinbearbeitung hat man von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden, daß das unbedingte

Festhalten am Stundenlohn ein wirksames Mittel ist, um den unerbötlichen Ausbeutung einen Riegel vorzuschieben. Es haben sich leider hier und da immer mal einige Kollegen gefunden, die glauben, durch Affordarbeit ihren Verdienst zu erhöhen und zu erhalten. Doch wurde stets überall mit aller Energie der Afford bekämpft und nicht zur vollkommenen oder überhaupt zur Einführung zugelassen. Auch wurde vielfach durch Eingaben an die Behörden verlangt, Naturstein anstatt Kunststein zu verwenden. Ein Verlang, das allerdings meist ohne Erfolg war. Neuerdings haben wir in Frankfurt eine Sitzung mit den Herren vom Hochbauamt gehabt, in der von unserer Seite die Mißstände von allen Seiten beleuchtet wurden, vor allem das Verlangen gestellt, daß die Stadt mehr auf Qualität statt auf Quantität und Billigkeit setzen soll. Wir haben den Herren ein krasses Beispiel vor Augen geführt, daß z. B. bei einem Stundenlohn von 81 Pf. der Unternehmer für den Quadratmeter Betonstarren 3,60 Mk. erhielt, währenddem heute mitunter bei 1,39 Mk. Stundenlohn der Quadratmeter für 1,40 Mk. angeboten wird. Das Hochbauamt versprach Abhilfe. Es liegt hier, wo man heute mit dieser starken Verwendung des Kunststeins rechnen muß, eine große Gefahr vor, daß die Arbeit nicht mehr steinmehrmäßig hergestellt wird, sondern daß man schließlich zum Spritzverfahren übergeht und so auch noch die Arbeitsgelegenheit vermindert wird.

Es hat manchmal den Anschein, als würde der Naturstein wieder mehr zur Geltung kommen, dies mag auch bei besseren wirtschaftlichen Verhältnissen der Fall sein. Doch müssen wir leider, wie schon ausgeführt, die Beobachtung machen, daß an den Wohnbauten, die gerade in unserer süddeutschen "Ecke" ausgeführt werden, fast gar kein Naturstein zur Verwendung kommt, sondern nur noch Kunststein. Auch bei Staats- und den meisten städtischen Bauten trifft das gleiche zu. Man geht heute schon soweit, den belgischen Granit, als Platten an Bauten verwandt, bei Bauten, die renoviert werden, durch nachgemachte Kunststeinplatten zu ersetzen. Der Preis soll, wie mir ein Unternehmer sagte, nur den vierten Teil des Natursteinmaterials betragen. Der Kunststein wird also zunächst noch das Feld in vermehrtem Maße beherrschen. Doch zeigt sich an fast allen Bauten, wo Kunststein angetragen, oder auch in der Werkstatt fertig und dann versetzt, daß dieser doch in den meisten Fällen Risse bekommt. Vielfach sind die Bänke und Stürze mehrmals gebrochen, was doch bei Naturstein fast nicht vorkommt. Eine wirksame Bekämpfung des Kunststeins scheint zur Zeit, was dessen Verwendung überhaupt anbelangt, nicht gegeben. Die Mißstände, die die Bearbeitung mit sich bringen, sind nach unserer Auffassung nur durch Festhalten am Stundenlohn und eines möglichst hohen Stundenlohnes zu beseitigen. Affordarbeit ist unter allen Umständen abzulehnen!

Gau 9. November 1927.

A. d. Menges.



Gesperrt:

1. Gau NO: In Berlin-Britz die Kunststeinwerke Gebr. Friede wegen Tarifbruchs. — In Königsberg die Firma Eckardt und die Firma Pelz.
4. Gau: In Detmold die Firma Karl Meier, weil sie den Steinarbeitern keinen Lohn zahlt. — In Dessau sämtliche Steinmehbetriebe. — In Erfurt hat die Betonfirma Otto Hanke einen Steinmeh gemahregelt. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten, bis die Differenzen erledigt sind.
6. Gau: In Ringelbach (Schwarzwald) der Betrieb von Ernst Kontini, kann keinen Lohn zahlen. — In Weidenfranken bei Reichenbach (Odenwald) der Betrieb Johann Wilhelm. — In Rheinmünz der Betrieb Rech u. Siegel G. m. b. H. wegen beabsichtigtem Lohnabzug.

Streit:

4. Gau: In Halberstadt in dem Grabmalbetrieb Dreier & Sohn.

Erledigt. Die Lohnbewegung der Steinmeh in Essen mit Erfolg.

Ein Ausblick für das Steinseher- und Pflasterer-Gewerbe



Unter dieser Ueberschrift bringt die neue "Deutsche Straßenbauer-Zeitschrift" in der Nr. 2 (Oktober/November) einen sehr beachtlichen Artikel von dem Landesbaurat z. D. Steinfel, Hannover. Die Abhandlung ist dem Charakter der genannten Zeitschrift entsprechend in erster Linie an die Adresse der Unternehmer im Steinstrassenbau gerichtet, aber der Inhalt des Artikels ist beruflich so, daß er auch von unseren Verbandsmitgliedern im Straßenbau und in der Natursteinindustrie gewiß mit Interesse gelesen wird. Der bekannte Landesbaurat schreibt:

"Heute, wo im Straßenbau schier alles drunter und drüber geht, ist es nicht ganz leicht, einen einigermaßen zuverlässigen Blick in die Zukunft zu tun. Vor einem halben Duzend Jahren gab es kaum noch eine andere schwere Straßenbeseitigung als Groß- und Kleinpflaster. Dann kam vor rund zwei Jahren der Teer- und Bitumentausch, der wegen seines überstürzten Auftretens den Verwaltungen und Unternehmern viele Millionen an Lehrgeld gekostet hat. Dann kam in den letzten beiden Jahren wieder das Kleinpflaster in die vorderste Linie. Und was werden die nächsten Jahre bringen?"

Wenn wir in nachfolgenden Zeilen eine kleine vorsichtige Prognose aufstellen wollen, ist es nötig, zunächst einmal schrittweise vorgehend die Tatsachen aneinander zu reihen, die für den heutigen Straßenbau bestimmend sind, und daraus dann die nötigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Gewiß, auch heute noch steht bei allen sachlich urteilenden Straßenbauingenieuren das Kleinpflaster hinsichtlich Eignung und Rentabilität für lange Dauer an der Spitze. Ein Zweifel besteht darüber bei allen ersten Sachleuten nicht.

Aber wie schaut die Zukunft aus? Machen wir in unserer Betrachtung einmal einen kleinen Umweg.

Die einfache Schotterdecke gehört für alle Landstraßen mit lebhafterem Verkehr in der bisherigen Form der Vergangenheit an. Schon allein die unerträgliche Staubplage bei regerem Autoverkehr verlangt Abhilfe. Außerdem natürlich auch die schweren Zerstörungen, welche ein lebhafter Kraftwagenverkehr auf ihr anrichtet.

Umgekehrt hat man im Oberflächenteer wie vor allem in den verschiedenen Emulsionen ein vorzügliches Abhilfemittel gefunden. Diese Tatsache besteht und läßt sich heute nicht mehr bestreiten. Wenn aber erst einmal eine Schotterdecke einen Teer- oder Bitumenüberzug erhalten hat, dann kommt eine solche Decke für Schotterverbrauch nicht mehr in Frage. Bitumen oder Teer nebst ein wenig Splitt stellen fortan den einzigen Materialverbrauch derartiger Straßendecken dar.

Damit entfällt ein sehr großer Schotterverbrauch der Steinbruchbetriebe. (Die Landstraßen mit sehr geringem Verkehr, für

welche Teer und Bitumen noch nicht in Frage kommen und die nur alle 8 bis 10 Jahre eine neue Decke erhalten, kommen für einen nennenswerten Schotterverbrauch nicht in Frage.)

Wenn nun aber die Steinbrüche ihren Abfall bei der Herstellung von Kleinpflaster nicht mehr oder nur ungenügend als Schotter verwerten können, dann steigen dadurch automatisch die Kleinpflasterpreise so hoch an, daß sie mit den anderen bewährten modernen Straßenbauweisen nicht mehr konkurrieren können.

Das ist natürlich für das Gewerbe der Steinseher und Pflasterer eine trübe Aussicht, die meines Erachtens nur dadurch etwas gemildert oder eventuell abgewendet werden kann, daß diese kommenden Mehrkosten durch erhebliche Ersparnisse auf der anderen Seite wieder ausgeglichen werden können. Solche Ersparnisse können zum Beispiel im maschinellen Rammen gefunden werden.

Man darf auch nicht übersehen, daß die Welt mit steigender Kultur in den einzelnen Lebensbedürfnissen immer verwöhnter wird. Halb ernst, halb scherzhaft mutet mich da ein Beispiel aus Hamburg an. Diese Stadt ist wohl eine der ungemütlichsten Industriestädte, die es in Deutschland überhaupt gibt. Das Stadtbauamt hat für die Sauberkeit der Stadt durch moderne Straßen sehr viel getan. Es sind in den letzten Jahren fast ausschließlich Topel- und Teerdeckungen ausgeführt worden. Nun hätte die Stadtverwaltung noch einige 1000 Quadratmeter bestes Granitpflaster liegen, die in einigen weiteren Straßen verpflastert werden sollten. Da kam die Stadtverwaltung bei den dort wohnenden Bergarbeitern aber schon an: "Sind wir denn schlechter als de annern Lübe? Wie willst du Asphalt hebbeln!" Dabei blieben sie, und das Stadtbauamt mußte die guten Granitpflastersteine wieder abfahren.

Das sind Zeichen der Zeit, an denen das Steinseher- und Pflasterergewerbe nicht achtlos vorbeigehen darf.

Wie steht es nun mit dem Großpflaster?

Auch nicht viel besser. Wir müssen uns darüber vollständig klar sein, daß sich das jahrzehntelange Fahren des Steinseher- und Pflasterergewerbes im altgewohnten Gleise ohne Neuerungen und ohne Fortschritte jetzt böse rächt. Denn gerade die vor 15 und 20 Jahren gepflasterten Großpflasterstraßen, die heute infolge vielfach verlasteter Steine, vielleicht auch infolge stark ungleichmäßigen Materials, den Lastkraftwagen derart holprige Fahrbahnen bieten, daß beim Vorüberfahren alle Häuser wackeln, diese Pflasterstraßen sind es in erster Linie, die nach Teer, Asphalt usw. am lautesten schreien. Hat aber erst eine städtische Straße beispielsweise einmal einen Asphaltbelag erhalten, dann scheidet sie für den Steinseher und Pflasterer ein für allemal aus.

Diesem immerhin recht trüben Ausblicken gegenüber hat das Steinseher- und Pflasterergewerbe — wenn es sich von den modernen Bauweisen nicht vollständig in den Hintergrund drängen lassen will — nur die eine Möglichkeit, seine Arbeitsmethoden und seine Leistungen schnellstmöglich zu verbessern und immer weiter zu vervollkommen, um mit den sogenannten modernen Straßenbauweisen mindestens gleichen Schritt zu halten. Die Gefahr ist sehr groß und die führenden Herren dieses Berufes müssen sich unter allen Umständen darüber klar sein, daß zum Schlafen oder zum Ausruhen auf alten Vorbeeren heute wirklich keine Zeit mehr ist.

Als bestes Mittel, dem Großpflaster noch weiterhin seine Bedeutung zu erhalten, sehe ich den modernen Fugenverguß an. Nach den bisherigen Erfahrungen erhält der Fugenverguß dem guten Granitgroßpflaster eine durchaus ebene Oberfläche, wodurch eine solche Fahrbahn dem Asphalt wieder gleichwertig, wenn nicht sogar wegen ihrer größeren Rauhigkeit und Haltbarkeit überlegen wird.

Das Steinseher- und Pflasterergewerbe sollte deshalb im ureigensten Interesse darauf hinweisen, daß Großpflaster ohne Fugenverguß in wichtigeren Straßen überhaupt nicht mehr ausgeführt wird.

Auch auf eine gute Unterbettung kommt sehr viel an, denn man muß sich stets darüber klar sein, eine Steinbahn mit verlasteten Pflastersteinen ist sehr leicht der Vorläufer für eine Asphaltdecke.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich empfehlen, doch einmal praktisch den von mir bereits an anderer Stelle gemachten Vorschlag auszuführen, die bisherige Kiesbettung durch feinen Splitt zu ersetzen. Selbst der beste Kies verliert auf die Dauer unter der Pflasterdecke seine Elastizität, sei es nun, daß er durch das zwischen den Fugen eindringende Wasser verschlammte oder aber ausgepült wird.

Durch den Fugenverguß wird ja nun allerdings dieser Mangel zum größten Teil beseitigt. Ich glaube aber doch, daß ein gutes Splittbett als Pflasterunterbettung dem Kopfsteinpflaster eine größere Elastizität verleihen würde, was bei dem schweren Lastkraftwagenverkehr eine gewaltige Verbesserung sein würde.

Auch hinsichtlich des Steinmaterials selbst muß unbedingt nach einer noch besseren Qualität, als jetzt vorhanden ist, gestrebt werden. Einen Fingerzeig gibt nach dieser Richtung das Mansfelder Kupfer- und Kupferpflaster, das, in der Straße verlegt, eine sehr saubere glatte Fläche ergibt, die dem verwöhnten Auge des heutigen Großstädtlers im Gegensatz zu dem sonstigen Pflaster sehr angenehm auffällt. Wenn dieses Pflaster einen guten Unterbau erhält und namentlich eine gute Unterbettung, dann wird es noch lange die Konkurrenz mit jeder Asphaltbahn aufnehmen.

Beim Kleinpflaster müssen alle Verbesserungen sich zunächst in der Richtung verbilligter Herstellung bewegen. Denn wenn moderne gute Topel- und Hartgusspflasterdecken — vom Beton ganz zu schweigen — für 7 bis 8 Reichsmark je Quadratmeter hergestellt werden, und Kleinpflaster wegen des in Zukunft mehr und mehr ausfallenden Schotterabfahes auf 12 bis 13 Reichsmark je Quadratmeter steigt, dann nützt — bei der inzwischen erreichten Zuverlässigkeit dieser Asphaltdecken — auch die höchste Anerkennung der Qualität und Eignung des Kleinpflasters nichts mehr gegenüber der in den nächsten Jahren zweifellos immer noch stärker hervortretenden Konkurrenz der modernen Bauweisen.

Auch ein weiterer Umstand sollte dem Steinseher- und Pflasterergewerbe sehr zu denken geben, nämlich die Eroberung der ganzen Provinz Hannover durch die Dresdener Colas-Gesellschaft. Wie der Direktor der neu gegründeten "Kalkstra" kürzlich einem Besucher erklärt hat, soll sich diese "Kalkstra" auch bereits das Monopol in den Provinzen Westfalen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg und Braunschweig gesichert haben.

Damit würde nunmehr ein Wettrennen um ganze Provinzen eingeleitet haben, das heißt die großen modernen Straßenbaugesellschaften konkurrieren jetzt nicht mehr um einzelne Straßen, sondern sie konkurrieren jetzt um die Monopole ganzer Provinzen und Länder.

Wenn solchen Zeiterscheinungen gegenüber das so außerordentlich zerplitterte und in kleine und kleinste Ezipten aufgelöste Steinseher- und Pflasterergewerbe nicht eine dicht geschlossene Front und einen einmütigen, gut geleiteten Handlungswillen gegenüberstellt, dann wird es von der jetzt einsetzenden Entwicklung im deutschen Straßenbau in absehbarer Zeit einfach überannt.

Datum, die Augen auf!

Steinseger und Pfalterer.

Düsseldorf. Am 5. November fand im Volkshaus die Monatsversammlung für Steinseger und Kammer statt. Vorf. Koll. A l e z, eröffnet die Versammlung und gibt die Tagesordnung bekannt. Das Protokoll der letzten außerordentlichen Versammlung wird verlesen. Auf der Tagesordnung stehen 1. Bericht von der Gaukonferenz in Essen, 2. Wohlfahrts-einrichtung, 3. Verschiedenes. Kollege Engelbergh erstattet den Bericht von der Gaukonferenz. Der Kern der Konferenz drehte sich um den Fall Gerhards, Barmen. Das Zerstückelungsmerkmal ist Gerhards nicht gelungen. Außer Gerhards und noch einem aus Barmen sind alle andern Kollegen, die Gerhards bewegen hatte, zum Baugewerksbunds überzutreten, wieder zu uns zurückgekehrt, denn die betreffenden haben eingesehen, daß ihre Interessen besser im Steinarbeiterverband vertreten werden. Alles „Schöne“, das Gerhards den betreffenden Kollegen vorgemacht hatte, war beim Baugewerksbund nicht zu finden. Nach den Ausführungen des Kollegen Gauleiter Jante soll sich Gerhards, Barmen, bereit erklärt haben, auch den einen Kollegen zum Steinarbeiterverband zurückzubringen, wenn er einen Posten bekäme! Sollte dieses zutreffen, dann rufen wir den organisierten Kollegen der Zahlstelle Düsseldorf, dem Gerhards zu: Wir sind keine Organisation, die an posten-jagende Kollegen Posten verteilt, sondern wir sind eine Organisation, die sich zusammengeschlossen hat, gegen die Ausbeuter, das Unternehmertum, den unerbittlichen Kampf zu führen für unsere berechtigten Lebensinteressen! Kaum sind die Wunden der Verschmelzung geheilt, und da wird schon ein neues Zerstückelungsmerkmal in Gang gesetzt. Nur ein geschlossener und von allen Zahlstellen gewünschter Uebertritt oder Anschluß an den Baugewerksbund könnte dem Verbands von Nutzen sein. Solche „Aktionsch“ wie sie Gerhards in Barmen vollbracht hat, schwächen nur unsere Kampfkraft gegen das Unternehmertum. Der nachstehende Antrag unserer Zahlstelle: Die Gaukonferenz wolle beschließen: 1. Es dürfen keine Akkordarbeiten von Steinseger und Kammer ausgeführt werden. 2. Das Zahlen von Prämien oder Uebertarif muß unterbleiben. 3. Der Achtstundentag oder die 48stündige Arbeitswoche muß eingehalten werden. 4. Die Unternehmer dürfen nur organisierte Kollegen beschäftigen, wurde auf der Gaukonferenz als überholt erklärt.

In der Aussprache erklärte Kollege Koch die Einberufung der Gaukonferenz für viel zu früh und die ausgegebenen Gelder für die Konferenz für zwecklos. Den Tarif hätten wir ohne Einberufung der Gaukonferenz kündigen können und die Konferenz dann später einberufen, wenn in allen Zahlstellen gründlich zu der ganzen Sache Stellung genommen wäre. Kollege Koch spricht dann noch über den Baugewerksbund und den Fall Gerhards. Unter anderem führt Kollege Koch aus, daß uns bis heute der Baugewerksbund keine Vorteile reichen könne. Wir wären ein In-dustrieverband der Steine und hätten im Steinarbeiterverband alle Kollegen, vom Hilfsarbeiter, vom Brecher bis zum Bildhauer und Steinseger, organisiert. Kollege A l e z beschwert sich, daß der Antrag von Düsseldorf als überholt behandelt wurde. Es wäre dieses der wichtigste Antrag für unsere Organisation überhaupt, und wenn man so drüber hinweggehen will, muß man schon annehmen, daß die Kollegen das Prämien-system weiter wollen, den Achtstundentag weiter sabotieren wollen usw. Kollege Schmidt verurteilt die Handlungsweise des Kollegen Gerhards und glaubt, schon damals richtig erraten zu haben, daß die Worte, die Gerhards damals bei der Bewerbung um die Gauleiterstelle geschwungen hat, leer waren, und es wäre in der Tat auch so gekommen. Im übrigen sprach Kollege Schmidt sich im Sinne der anderen Kollegen, für den Steinarbeiterverband aus. Kollege Lenarz gab dem Gauleiter Gante mit auf den Weg, an den aufgestellten Forderungen festzuhalten. Kollege Klein ist der Auffassung, daß zu wenig gearbeitet wird, um die Unorganisierten besser zu erfassen, sonst müßten wir doch schon mehr erreicht haben. Ferner bemängelt Klein, daß noch nicht die Listen herumgereicht worden sind, die feststellen sollen, wieviel Unorganisierte auf jeder Baustelle vorhanden sind.

Damit war Punkt 1 erledigt und der Kollege Lenarz gibt zu Punkt 2 Auskunft über die Verhandlungen betreffs der Wohlfahrts-einrichtung mit der Innung Düsseldorf, deren Vorsitzender der Obermeister Fuß ist. Es konnte in Düsseldorf kein Reizkalt erzielt werden, weil die Unternehmer gegen die Wohlfahrts-einrichtung Sturm laufen. Der Obermeister Fuß erklärte, sie wären in Düsseldorf nicht zuständig, dieses zu regeln, das muß in Dortmund geschehen. Kollege Lenarz behauptet mit Recht, daß dieses ein Verschleppungs-maßnahme von der Innung in Düsseldorf ist, um die Wohlfahrts-einrichtung nicht tariflich festzulegen; denn die Innung in Dortmund hat ja bereits die Wohlfahrts-einrichtung tariflich geregelt. In der Diskussion wird das Verhalten der Düsseldorfer Zwangsinnung gegen die Wohlfahrts-einrichtung von allen Kollegen kritisiert und die Schaffung einer wirklichen Wohlfahrts-einrichtung gefordert, die jedem organisierten Kollegen einen regel-rechten Urlaub zukommen läßt. Die Versammlung geht dann zu Punkt Verschiedenes über. Kollege Schmidt fragt an, warum er und der Kollege Ludwig immer noch nicht kassiert würden; sie wären doch beide langjährige, ununterbrochene Mitglieder des Verbandes und hätten doch auch das Recht auf die Hauskassiererei, wie alle andern Mitglieder. Kollege Schmidt meint, daß nur persönliche Gründe den Hilfskassierer abhielten, bei beiden zu kassieren. Kollege Lenarz weist diesen Vorwurf entschieden zurück und begründet das Nichtkassieren bei beiden Kollegen wie folgt: Die Kollegen Ludwig und Schmidt hatten eigenes Gewerbe und waren Subunternehmer. Sie gehörten also ins Unternehmerlager und nicht in eine Organisation von „Ausgebeuteten“. Es sollte damals zum Ausschluß der beiden Kollegen kommen. Die Versammlung war aber nicht beschlußfähig durch den damaligen schlechten Besuch. Die beiden Kollegen Ludwig und Schmidt haben sich ja auch gegen ihren Ausschluß verteidigt. Kollege Lenarz führt an, daß er der Meinung wäre, daß ein Unternehmer nicht die Interessen des Arbeitnehmers vertreten könne, das wäre erwiesen; denn auf den Bankstellen der beiden Kollegen Ludwig und Schmidt seien genau dieselben Missetände wie bei jedem andern Unternehmer. Der Afford stand in voller Blüte; die Arbeit dauert 10 Stunden täglich und mehr im Afford und Lohn, sogar Wochen bis zu 65 Stunden. Und zuletzt Arbeitsgericht. Beide Kollegen haben aber heute kein Gewerbe mehr, sind auch nicht ausgeschlossen worden, und auf Grund dessen verpflichtet sich der Kollege Lenarz, bei den Kollegen Ludwig und Schmidt weiterzukassieren. Kollege Koch fordert die Kollegen auf, sich restlos an der Krankenkassenwahl zu beteiligen und die Liste der freien Gewerkschaften, Liste 1, zu wählen und alle Arbeitskollegen zur Wahlurne zu ziehen. Kollege Koch bespricht noch im einzelnen den Wert der Kassenwahlen für die Arbeiterschaft und zeigt uns, wie die Unternehmer weiter bemüht sind, der Arbeiterschaft auch diese soziale Einrichtung zu nehmen. Kollege Koch fordert auf, nicht säumig zu sein und lebhaft Propaganda zu machen für die Liste 1. Ferner müsse jeder Kollege kein Mitglieds-buch bei der Wahl zum Abstempen vorlegen. Kollege Weinand sprach noch über den Wert der Altgefelln bei den Gefellenprüfungen und erklärte, daß die Innungen dem Gesellenauschluß finanziell viel Schwierigkeiten bereiten, dessenungeachtet sei von uns der Altgefelln aber bei den letzten Prüfungen doch zugegen gewesen und würde auch fernerhin seines Amtes walten, wenn auch nicht gern gesehen.

Zerbst. Am 16. November tagte hier die Bezirkskonferenz für Anhalt und Umgebung. Gauleiter Göhre gab die Tagesordnung bekannt. Zur Leitung wurden dann die Kollegen Klisch-Zerbst und Junk-Deffau gewählt. Dem Antrage, den 1. Punkt (Erwerbs-lofenversicherungsgesetz) als letzten zu nehmen, wurde stattgegeben. Es folgte dann als 1. Punkt Bericht der Wohlfahrtskommission und Stellungnahme zur Ausschaltung der Unterstützung. In der Debatte über diesen Punkt sprach man sich darüber aus, daß man bei kommenden Lohnverhandlungen immer wieder darauf hinwirken soll, statt der Unterstützung Ferien zu bekommen. Bekanntgegeben wurde von der Kommission, daß es einige Unternehmer gibt, die noch keine Wohlfahrts-gelder abgeführt haben; trotzdem sie es auf

der Wohlfahrtskarte vermerkt, haben die Kollegen keine Unterstützung bekommen. Deshalb ist es Pflicht der Kollegen, beim Arbeitswechsel sich zu überzeugen, daß entsprechend dem Bemerk auf der Wohlfahrtskarte auch abgeführt wurde. Wenn nicht, dann zum Arbeitsgericht. Ueber die Höhe der auszuzahlenden Stunden liefen zwei Anträge ein: ersterer von 300 bis 2000 Stunden, zweiter von 300 bis 1800 Stunden. In der Abstimmung wurde der erste Antrag angenommen. Den Bericht über den Stand der Bezirkskasse gab Kollege Höhne-Deffau. Zu Punkt 3 gab Kollege Göhre Bericht über den Stand der Tarif- und Lohn-frage. Ueber das Wochenende wurde eine längere Aussprache geführt. Es wurde empfohlen, den achtstündigen Arbeitstag einzuhalten und nicht, wie die Unternehmer es einewilligt haben, täglich 8½ Stunden und dann Sonnabends zu Mittag Arbeitsschluß. Wegen der vorgerückten Zeit konnten nur einige Paragraphen aus Arbeitslosenversicherungsgesetz besprochen werden.

Mitgliederbewegung vom 1. Jan. bis 1. Okt. 1927

Gau	Hauptgruppe	Mitgliederstand vom				Prog. gegenom. Stand vom 4. Quart. 1926 = 100
		4. Quartal 1926	1. Quartal 1927	2. Quartal 1927	3. Quartal 1927	
1. Gau NO	Steinarbeiter	1132	1174	1329	1379	121,8
	Steinseger	2661	2536	2626	2689	101,0
1. Gau NW	Steinarbeiter	1280	1523	1530	1400	109,3
	Steinseger	2408	2386	2535	2802	116,3
2. Gau	Steinarbeiter	8099	8532	9037	9320	115,0
	Steinseger	1342	1418	1626	1639	122,1
3. Gau	Steinarbeiter	11141	12044	12847	13231	118,7
	Steinseger	717	737	753	837	116,7
4. Gau	Steinarbeiter	4552	4966	5482	5629	123,6
	Steinseger	2380	2487	2731	2885	121,2
5. Gau	Steinarbeiter	3136	3376	3575	3587	114,3
	Steinseger	653	649	917	1047	160,3
6. Gau	Steinarbeiter	3633	3952	4243	4307	118,5
	Steinseger	13	13	15	16	123,0
7. Gau	Steinarbeiter	4005	3797	4022	3885	97,1
	Steinseger	132	145	143	197	149,2
8. Gau	Steinarbeiter	3191	3261	3406	3430	107,4
	Steinseger	198	209	222	220	111,1
9. Gau	Steinarbeiter	3730	3993	4373	4236	113,5
	Steinseger	48	38	42	79	164,5
Einzeljahler		38	45	54	57	150,0
Zusammen:		Steinarbeiter 43 937	46 603	49 888	50 461	114,8
		Steinseger 10 552	10 618	11 610	12 411	117,6
Gesamtmitgliederzahl:		54 489	57 221	61 498	62 872	115,3

Vorstehende Tabelle zeigt Verlauf und Stand unserer Mitgliederbewegung in den ersten drei Quartalen dieses Jahres. Vom Mitgliederstand am Schlusse des Vorjahres ausgehend, läßt sich die Mitgliederbewegung getrennt nach den beiden Hauptgruppen des Verbandes gaweilte verfolgen. Mit Ausnahme der Steinarbeitergruppe des 7. Gaus ist im Endergebnis in allen Positionen eine Zunahme zu verzeichnen. Besonders gut entwickelt hat sich die Steinsegergruppe des 5. Gaus. Im allgemeinen hatten beide Gruppen einen erfreulichen Zuwachs, den zu erhalten und zu erweitern das Ergebnis unserer mit vereinten Kräften fortwährenden Werbetätigkeit sein muß. Das kommende Frühjahr muß eine geschlossene, in sich gefestigte Arbeiterschaft vorfinden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse gestatten uns nicht, den organisatorischen Winter schlaf anzutreten.

Es gilt, alle Kräfte (materielle und ideelle) wachzuhalten und neue zu sammeln, damit der Verband den in der Regel eintretenden Frühlingstürmen gewachsen ist.

Steinarbeiter.

Königsberg. Die Zahlstelle hat eine Lohnbewegung hinter sich; der Spitzenstundenlohn von 1,33 Mk. war mit der Teuerung nicht mehr übereinstimmend, Lohnverhandlung wie üblich ergebnislos. Also Tarifamt anrufen oder Streik. Die Versammlung beschloß mit knapper Mehrheit, einen Schiedspruch zu beantragen. Selbiger kam uns mit 6,69 Prozent entgegen. Die Konjunktur war gut, die Unternehmer lehnten ihn ab, teilweise wurde er bezahlt (Firma Steinhof und Lutz). Wir nahmen ihn mit knapper Mehrheit an. Die Verbindlichkeitserklärung verzögerte sich, Klage wurde angehängt, bis den Kollegen die Geduld riß und der Streik mit fall allen Stimmen beschloßen wurde. Dieser dauerte vom 20. September bis 16. November 1927. In dieser Zeit verbesserten sich die Angebote der Unternehmer dauernd. Eine Anzahl Kollegen arbeiteten bei Firmen, die den Schiedspruch anerkannt hatten und nicht im Deutschen Grabbalmgewerbe-Verband waren. Laut Versammlungs-beschluß bekamen die Streikenden 10 Prozent vom Verdienste der in Arbeit stehenden. Da pligte der Unternehmerverband auf. Die bestreikten Firmen kamen mit Angeboten von 1,50 Mk. Spitzenlohn, 1,08 Mk. Schleifer- und 0,88 Mk. Hilfsarbeiterlohn an unseren Verband heran. Unter diesen Bedingungen wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Doch nun ein nützliches Ende. Die Bemühungen verschiedener Mitglieder von uns, sogenannte Bremser, haben auch einen „Erfolg“. Da wurden in Versammlungen große Töne geführt und mit Austritt und Arbeitsaufnahme gedroht, Abstimmungen wurden angezweifelt, Zentrale Leipzig angefragt, aber alles half nichts. Sie wurden erkannt. Dann wurde hinter dem Rücken der Verbandes verhandelt (nur Firma Pelz). Die Arbeitsaufnahme geschah so eilig, daß man gar nicht bemerkte, wer drin und wer, dank des großen Siebes, womit die Firma Pelz ihre Belegschaft siebte, draußen blieb. 11 Mann blieben auf der Strecke. Darunter Kollegen, die von 1½ bis 26 Jahre schon in Betriebe waren und verheiratet sind. Ledige durften reinmarschieren. Das war eine abgemachte Sache. Die Firma kennt ihre Pappenheimer, worauf Verlaß ist. Firma Eckart hat sich schon so eingearbeitet, daß sie überhaupt niemand mehr braucht und erklärt, den Lohn nicht zahlen zu können. Natürlich Papiere „wegen Streik entlassen“ (5 Mann). Bei der nächsten Versammlung fehlten natürlich die mit dem großen Wort. Diese Versammlung beschloß einstimmig, zur weiteren Unterstützung der Gemäßigten Extrabeiträge von 2 Mk., 1,25 Mk. und 1 Mk. pro Mitglied und Woche zu erheben.

Kollegen, übt Solidarität! Dann können wir noch andere Erfolge erringen und laßt euch nicht von Mitgliedern beeinflussen, die sich teilweise noch nicht dazu aufschwingen können, den wöchentlichen Beitrag zu bezahlen.

Bredenscheid. Zu der am 13. November in unserem Zahlstellen-Lokal anberaumten Monatsversammlung waren nur 50 Prozent der Kollegen anwesend. Trotz frühzeitiger Antündigung der so wichtigen Versammlung fand es die Mehrzahl der Kollegen nicht der Mühe wert, einen aufklärenden Vortrag über Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetz, den unser Gauleiter Kollege Braun zu Punkt 1 hielt, anzuhören. Immer wieder sind es dieselben Kollegen, die fehlen. Gerade denen muß ein solcher Vor-

trag von großem Interesse sein. Leider wurde am 14. 11., ein Tag nach der Versammlung, 20 Kollegen die Arbeit, infolge plötzlichen Abgangmangels gekündigt. Hier machte es sich nun sofort bemerkbar, wie sehr wichtig es ist, in der Versammlung zu erscheinen und aufklärende Worte mit anzuhören. In der Diskussion zu Punkt 1 wurde erwähnt, daß das Arbeitslosenversicherungsgesetz nicht befriedigt, da die erhöhte Arbeitslosenunterstützung allerlei Pflichterfüllungen von dem Unterstützungsempfänger voraussetzt. Als hart wurde mit Recht erwähnt, daß erst vom 8. Tag an Unterstützung geleistet wird. Hier ist es Sache der parlamentarischen Arbeitervertretung, baldigt darauf hinzuwirken, diesen Punkt angenehmer für uns zu gestalten. Es hat sich nicht jeder, wenn er 39 Wochen gearbeitet hat, so viel an die Seite schaffen können, um nun 8 Tage mit Familie ohne Einkommen auszuhalten. Im allgemeinen wurden die Ausführungen unseres Gauleiters Braun mit großem Interesse verfolgt. Punkt 2, Bericht von der letzten Lohnverhandlung, gab ebenfalls Gauleiter Braun. Es war nicht leicht, vor dem Winter etwas für uns herauszuholen, wo die Unternehmer an der Ruhr doch fest gehofft haben, abzuziehen. Es muß hier anerkannt werden, daß, falls der Verband nicht gewirkt hätte, ein Lohnabzug sicher war. So sind wir wenigstens etwas gebessert worden in unserem Lohn. Ein Erfolg für uns. Mit vereinten Kräften und Liebe zur Sache, hoffen wir im Frühjahr mehr zu erreichen. Dieses kann allerdings nur durch Mitarbeit sämtlicher Kollegen zustandekommen. Mit diesen Julein wird den fähigen Bredenscheider Kollegen nahegelegt, sich mehr zu rühren, nicht im Betrieb über schlechte Arbeitslage und ebensolchen Lohn zu nörgeln. Es ist auch nicht genug Versammlungen zu besuchen, um zu zeigen, daß man da ist und bei der Hauptsache sich verduftet. Aushalten bis zum Schluß und offen seine Wünsche laut werden lassen, schafft Respekt und zeigt Interesse an unserem Vorhaben. Bessere Lohn und Arbeitsverhältnisse sind im Ruhrlandsteingebiet besonders angebracht. Nachdem nun Punkt 3, Verschiedenes, zur Aussprache kam, schloß der Vorsitzende Kollege R a t t e r m a n n die Versammlung mit dem Wunsch, zur nächsten Versammlung alle Kollegen, auch die noch nicht zu uns gehörenden, mitzubringen. (Bericht war auf beiden Seiten beschrieben, künftig abstellen. Red.)

Köln. Monatsversammlung am 19. November 1927. Tagesordnung: 1. Kartellbericht. 2. Bericht von den Verhandlungen in Straßburg für den Straßenbau. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Bericht vom Gewerkschaftshaus. 5. Verschiedenes. Im Punkt 1 gab Kollege Schütt den Bericht vom Ortskartell. Im Punkt 2 gab Kollege Mayer den Bericht von den Verhandlungen mit den Unternehmern im Straßenbau. Redner betonte, daß für die Kollegen in Mecklenburg nichts Wesentliches erreicht sei, dagegen seien die Kollegen in Pommern den Mecklenburger Kollegen gleichgestellt. Hierauf entspann sich eine rege Debatte. Im Punkt 3 gab Kollege Schütt zwei Schreiben aus der Lausitz und dem Odenwald bekannt; beide betreffen Lohnbewegung. Der Vorsitzende betonte, daß die Kollegen in beiden Bezirken bei ihren Lohnabstimmungen, genau wie wir in Köln, unter den niedrigen Lohnverhältnissen des Fichtelgebirges zu leiden hätten, da die Unternehmer stets das Fichtelgebirge in den Vordergrund schieben. Die Kollegen sprachen sich dahin aus, daß im Fichtelgebirge im nächsten Frühjahr eine Aenderung eintreten müsse. Es darf kein Zurück geben, bis die Kollegen in Bayern uns gleichgestellt sind. Des weiteren gab Kollege Schütt ein Schreiben von der Zentrale bekannt betreffs Werbetätigkeit. Der Vorsitzende betonte, daß dieses für Köln weniger in Frage komme, da wir zu 100 Prozent organisiert sind und für uns jeder Tag Werbetag sei. Das Ueberbetreten aus anderen Organisationen ist für die Funktionäre nicht leicht, da die betreffenden Kollegen schwer dazu zu bewegen sind, weil unsere Organisation keine Erwerbslosenunterstützung zahlt, und die Kollegen aus anderen Verbänden seien meist Hilfsarbeiter; wenn diese im Winter erwerbslos würden wären sie ihre Unterstützung los, die ihnen die jetzige Organisation zahlt. Es wurde gewünscht, daß die Zentrale ihr Versprechen vom letzten Verbandstag betreffs Erwerbslosenunterstützung recht bald durchführt, und daß schon im September eine Vorbesprechung stattgefunden hat, wäre es für die Kollegen sehr wissenswert, zu erfahren, wieweit die Sache geblieben ist. Die Kollegen sind alle der Ansicht, daß die Erwerbslosenunterstützung so bald wie möglich eingeführt werden muß; wenn wir gegen die anderen Verbände bestehen wollen. Besonders die Wildarbeit, die der Baugewerksbund in letzter Zeit betreibt, gibt zu denken. (Siehe „Grundstein“ Nr. 45, Artikel von W. Beimeister, Stuttgart.) Im Punkt 4 gab Kollege Klähr als Gesellschafter den Bericht vom Gewerkschaftshaus. Im Punkt 5 gab Kollege Schütt bekannt, daß zur Jahresversammlung wieder sieben Kollegen auf eine 2jährige Mitgliedschaft zurückbliden können, und diese in der Jahresversammlung geehrt werden sollen. Es soll ein gemütlicher Abend im Kreise der Familien nach der Versammlung im Gewerkschaftshaus stattfinden. Des weiteren wies der Vorsitzende auf die Volkshochschule hin, die nicht genügend besucht würde. Es kommen im Dezember noch einige lehrreiche Vorträge (Koststoffe im Welt-handel und Arbeitskraft und Taylor-system). Redner empfahl den Kollegen, diese Vorträge zu besuchen, da sie für jeden Arbeiter sehr lehrreich seien. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten besprochen wurden, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Fürstentum. Am 20. November tagte eine Steinarbeiter-versammlung im Lokal Unterirsham, wo unser Bezirksleiter Haus-teiner zugegen war. Tagesordnung: 1. Bericht über die Reichs-konferenz in Leipzig. 2. Bericht über Krankentafelwesen. 3. Verschiedenes. In der Diskussion wurde es ziemlich lebhaft und die Interessiertheit kritisiert. Trotzdem die Versammlung so günstig angelegt war, erschien kaum die Hälfte der hiesigen Steinarbeiter. Kollegen, das muß anders werden! Besucht die Versammlung, schimpft nicht immer hinten herum, laßt den „Steinarbeiter“ gründlich durch; nicht nur die Sterbefälle, sondern auch vorne die Aufklärungsartikel und Berichte. Helft mit bei der Agitation, damit wir endlich „den letzten Mann“ unsern Verbände zuführen können. Erst dann können wir sagen: Wir stehen nicht zurück vor den übrigen Zahlstellen! Es wird immer geklagt: „der Lohn reicht mir nicht zum Leben“, oder: „der Beitrag ist zu hoch“ usw. Was wäre wohl, wenn wir alle es so machen würden? Dann hätten die Arbeitgeber freie Hand, und wehe dann. Bergeht nicht, was unsere Gewerkschaften bereits geschafft haben, denkt doch an die Vorkriegszeit, in der wir noch zehn bis zwölf Stunden gearbeitet haben, so gar bei Nacht die halbe Nacht. Wollt ihr, daß Lehtgenanntes nicht wiederkehrt, dann rafft euch auf und schließt euch uns an. Alle Steinarbeiter im Bapriichen Wald sollten das bedenken, und wir brauchen uns dann von den Kollegen im übrigen Reich nicht mehr so besonders anschauen zu lassen. Nur ein Beispiel, was uns der Verband fihert. Wir haben hier zwei Betriebe, Steinbruch, und hundert Meter entfernt eine Ziegelei. Wir sind organisiert, wenn auch mangelhaft, für das haben wir auch dauernd zu kämpfen. In der Ziegelei sind die Arbeiter wild; es ist Saisonbetrieb, da wäre der Stundenlohn 56 Pfg. gewesen, und 50 Pfg. haben sie bekommen. Das macht in der Woche 288 Pfg., und vom Urlaub ist überhaupt keine Rede. Es ist bekannt, daß außerhalb unserer Organisation am Orte einer steht, der den Kollegen immer weismacht: „Ihr braucht keine Organisation; arbeitet länger, dann verdient ihr mehr, und der Urlaub ist euch vom Reich gesichert“ usw. Diesem Schlaumeier ist zu raten, wenn er nicht will, daß wir ihn an dieser Stelle mal richtig abmalen. dann den Reichsarbeitsvertrag durchzulesen und zu schauen nach den Unterschriften. Wo ist bei der Ziegelei das Reich geblieben? Jedenfalls in Herrn Rat seiner Tasche! Also gar nichts anderes sähert den Kollegen den Lohn und den Urlaub als eure Organisation. Also fort mit dieser Gleichgültigkeit und restlos in den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands!

RUNDSCHAU

Herrmann Silberschmidt Kurz vor Redaktionsschluss lesen wir in den Tageszeitungen, daß Herrmann Silberschmidt einem einige Tage vorher erlittenen Schlaganfall erlegen ist. Der Verstorbenen war von Beruf Maurer und wohl einer der längst Angestellten — seit 1898 — in der Bauarbeiterorganisation. Sein engerer beruflicher Wirkungskreis strahlte von Berlin aus. Seit 1912 gehörte Silberschmidt auch dem Reichstag ununterbrochen an (Bezirk Magdeburg). Mit ihm ist eine der erfahrensten und markantesten Persönlichkeiten der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung in Deutschland von uns gegangen. Vielen unserer Verbandsmitglieder ist der Verstorbenen bekanntgeworden. Auf unseren Verbandstagen 1920 in Würzburg, 1922 in Leipzig war Herrmann Silberschmidt Vertreter des ADGB. In Würzburg hielt er eine äußerst eindrucksvolle Rede über die neuen Aufgaben der Gewerkschaften, auch in Leipzig wies er die damals üblichen unberechtigten Angriffe und Vorwürfe auf die Gewerkschaftsbewegung und ihrer Spitzenorganisationen — den ADGB — in längerer Rede unter lebhaften Beifall fast des ganzen Verbandstages wirkungsvoll zurück. Ueberhaupt, die Art und Weise, wie Herrmann Silberschmidt auf politischen und wirtschaftlichem Gebiet wirkte, kämpfte und warb, verschaffte ihm viel Sympathie und besonders wie er warb für die Idee des Baugewerksbundes: das stach wohlthuend ab von dem, was man sonst sah und erlebte und noch sieht.

Herrmann Silberschmidt ist 61 Jahre alt geworden; ein rastloses Leben, nur im Interesse des arbeitenden Volkes gelebt, ist zu Ende. Die Mitglieder des Steinarbeiterverbandes wissen das zu schätzen und werden dem Verstorbenen, diesem wahren Sohn des Volkes, ein dauerndes Andenken bewahren.

Straßenbau und Auslandsanleihen. Ende November fand im Ständehaus zu Weisberg eine Sitzung der Industrie- und Handelskammer Halle statt, auf welcher der Landeshauptmann der Provinz Sachsen, Dr. Hübner, einen Vortrag über „Provinzialverwaltung und Wirtschaft“ hielt. Soweit in diesem Vortrage das Provinzialstraßenwesen behandelt wurde, sei festgehalten, daß der Wege- und Brückenbau der Provinz Sachsen jährlich die Summe von 11 Millionen Mark erfordert. Aus Einkünften der Kraftfahrzeugsteuer aber fließt der Provinz nur ein Betrag von 4 1/2 Millionen zu, die fehlenden 6 1/2 Millionen Mark müssen durch allgemeine Steuern aufgebracht werden. Das 2570 Kilometer lange Straßennetz der Provinz verwalten 9 Landesbauämter mit 116 Straßenmeistern und 518 Straßenwärttern. Im Hinblick auf die Sperrung von Auslandsanleihen für Straßenbauzwecke führte der Landeshauptmann Dr. Hübner an, daß sich mit Hilfe von Wegebauanleihen ungeheure Ersparnisse erzielen lassen. „Ein Kilometer Kleinpflasterdecke koste zwar 70 000 Mk., sie halte aber nur 40 Jahre. Eine stark befahrene Straße aus Schotter mit Oberflächenteerung bedinge dagegen an Unterhaltungskosten im Jahre durchschnittlich 6000 Mk. pro Kilometer Unterhaltungskosten, also in 40 Jahren 240 000 Mk. Eine Beschleunigung der Straßenbefestigung durch Wegebauanleihen würde also ungeheure Ersparnisse bringen. Jedes Privatunternehmen, das ähnliche Ersparnisse nachweise, dürfte ohne weiteres Anleihen bekommen. Die Schlechterbehandlung der öffentlichen Hand in der Zuteilung von Auslandsanleihen sei eine durch nichts gerechtfertigte und auch der Wirtschaft schädliche Maßnahme.“

Ueber eine famose Neugründung berichtet die „Wasser- und Wegebau-Zeitung“ in Nummer 20. Zum Vorgang selbst ist jedes Wort überflüssig, zumal jeder Leser infolge der Verfüppung und Verschwägerung dieser G. m. b. H. seinen Vers sich selber darauf machen kann. Also man höre, staune und denke:

„In das Handelsregister des Amtsgerichts Hannover ist am 15. Oktober 1927 unter Nr. 2823 folgende Neugründung eingetragen worden: Kalkasphalt-Strassenbaugesellschaft m. b. H. (Kalktra), Hannover, Schiffgraben 6.“

Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb von Kalkasphalt und Steinmaterialien, die Durchführung von Straßenbauten aller Art unter Verwendung von Kalkasphalt und der Abschluß und die Ausführung aller sonstigen dazugehörigen Geschäfte. Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. September 1927 festgestellt.

Geschäftsführer: Landesbaurat Dr.-Ing. Gustav Eidner. Stammkapital: 20 000 RM. Inhaber der Geschäftsanteile sind:

1. Collmener Quarzporphyr-, Pflastersteinbrüche und Schotterwerke, G. m. b. H., Wurzen. Geschäftsführer: a) Kaufmann Georg Zachmann, Wurzen, b) Regierungsbaumeister Heinz v. d. Bergen, Hannover, Neienstr. 3. Geschäftsanteil: 15 000 RM.

2. Colas-Kalkasphaltgesellschaft m. b. H., Dresden, Münchener Str. 1b. Geschäftsführer: c) Generaldirektor Dr.-Ing. Albert Sommer, Dresden, Reichenbachstr. 65. Geschäftsanteil: 5000 RM. Aufsichtsratsmitglieder der „Kalktra“: d) Gemeindevorsteher Brauke, Misburg, e) Justizrat Dr. Diedmann, Hannover, f) Stellvertreter: Landesbaurat Scheele, Hannover, g) Kaufmann Felix Zachmann, Leipzig, h) Kaufmann Joachim Priem, Wurzen. Diese Herren sind noch Aufsichtsratsmitglieder der Collmener Quarzporphyr-, Pflastersteinbrüche und Schotterwerke, G. m. b. H., Wurzen.

i) Generaldirektor Dr.-Ing. Albert Sommer, Dresden, Reichenbachstr. 56. Dieser Herr ist auch Mitglied der „Colas“, G. m. b. H. Im Zusammenhang damit dürfte die Zusammensetzung der Gründer der Collmener Quarzporphyr-, Pflastersteinbrüche und Schotterwerke G. m. b. H., Wurzen, und ihres 1. Aufsichtsrates interessieren.

Gründer: k) Frau Rittergutsbesitzer Baake, geb. Freifrau von Hallerstein (hat als Sachwert einen Berg eingebracht, bewertet mit 50 000 RM.).

l) Kaufmann Priem jun. (hat als Sachwert im wesentlichen seine Intelligenz eingebracht, bewertet mit 50 000 RM.).

m) Provinz Hannover (hat 50 000 RM. in bar eingebracht).

1. Aufsichtsrat: k) Frau Rittergutsbesitzer Baake, geb. Freifrau von Hallerstein, n) Felix Zachmann, o) Landesrat Köppchen I, Referent der Provinzialverwaltung, p) Landesbaurat Scheele I, Referent der Provinzialverwaltung, q) Oberstleutnant a. D. v. Almann (wurde als Protokollführer zu den Aufsichtsratsitzungen hinzugezogen mit einer Entschädigung von 300 RM. pro Sitzung und erhält für seine Vermittlung des Eintrittes der Provinz Hannover in die Collmener Gesellschaft 25 Jahre lang 2 bzw. 3 Prozent Provision aus sämtlichen Lieferungen des Collmener Bruches), r) Oberleutnant Philippi (hat zusammen mit Herrn v. Almann die Vertretung der Collmener Gesellschaft).

Für die Unkundigen sei hinsichtlich dieser Zusammenstellung noch folgende Ergänzung gebracht:

Nr. 1 ist Schwiegerohn zu Nr. a und Neffe zu Nr. p und Schwager zu Nr. q und Sohn zu Nr. h.

Nr. n ist Bruder von Nr. a.

Nr. h ist Vater von Nr. 1 und Generalbevollmächtigter von Nr. k.

Nr. e ist ein hervorragendes Mitglied der Fraktion der Deutschen Volkspartei des hannoverschen Provinzial-Landtages und Verwandter von Nr. b.

Nr. d ist der Führer der Führer der sozialdemokratischen Fraktion des hannoverschen Provinzial-Landtages.

Herr Landesbaurat Dr. Eidner ist Stellvertreter von Nr. f. Weitere Ausführungen dürfen sich erübrigen.“

„Steinjalbe“. Wie der Schriftleitung von Demitser Kollegen beständig wird, wird die „Demitser Steinjalbe“ aus der Apotheke zu Demitz-Thumitz seit langem gebraucht und hat sich bei aufsprünger und rissiger Haut sehr gut bewährt. Das entsprechende Informat in „Steinarbeiter“ möge deshalb Beachtung finden.

Um die Spargroschen der kleinen Leute. Bisher waren die — zumeist städtischen — Sparcassen die Stellen, wo der Arbeiter und kleine Angestellte seine Pfennige gegen Zins anlegte, wenn er etwas erübrigen konnte. Jetzt haben die großen Privatbanken sich entschlossen, ebenfalls Spargelder anzunehmen und zu verwalten. Welche Veranlassung liegt dafür vor? Die Geldbede für alle möglichen Bedürfnisse ist in Deutschland kleiner geworden. Die Industrie, die Landwirtschaft, der Handel und Verkehr gebrauchen Geld zum Auf- und Ausbau, zur Rationalisierung der Betriebe. Diese Gelder werden in erster Linie durch die Banken vermittelt. Und wer als Arbeiter oder Angestellter seine Pfennige diesen Banken einzahlt, der weiß nun, wofür sein Geld dienen muß. Die Sparcassen stehen uns insofern etwas näher, als sie in größerem Ausmaße die eingezahlten Gelder für andere Zwecke bereit halten, z. B. als Hypotheken zum Hausbau und dergleichen. Durchschnittlich finden so 40 Prozent der Spargeldsummen ihre Verwendung. Ueber die Verwendung der übrigen Gelder dürfte eine Kontrolle kaum möglich sein.

Nun möchten wir nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten der freien Gewerkschaften sich Einrichtungen geschaffen haben, wo sämtliche eingezahlten Gelder dauernd unter eigener Kontrolle stehen und nur zu Zwecken gebraucht werden, die uns dienlich und nützlich sind. Da ist in erster Linie die „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten“ in Berlin, die auch Spareinlagen entgegennimmt. Daneben haben wir zahlreiche Konsumvereine, die die eingezahlten Spargelder benutzen, um sämtliche Lebensmittel- und Bedarfsartikel möglichst billig einzukaufen und an ihre Mitglieder abzugeben. Weiter bestehen an vielen Orten freigewerkschaftlich geleitete Spar- und Wohnungsgenossenschaften, die das Geld ihrer Mitglieder benutzen, um billige und gesunde Wohnungen zu bauen. Und alle diese Stellen sind gern bereit, ihren Sparern mindestens dieselben Zinsen zu zahlen wie Sparcassen und Banken. Müßt du nun noch überlegen, wo du deine Sparpennige anzulegen hast?

Wann kommt ein gültiger Beschluß des Betriebsrats zustande?



Ein gültiger Beschluß des Betriebsrates kann nach § 32 Abs. 1 B.R.G. nur gefaßt werden, wenn alle Mitglieder unter Mitteilung der Beratungsgegenstände geladen sind und mindestens die Hälfte der Betriebsratsmitglieder in der Sitzung anwesend ist. Stellvertretung nach § 40 ist zulässig. Auch diese Bestimmung ist zwingend und für die Gruppenräte in vollem Umfange maßgebend. Die Nichtbeachtung dieser Bestimmung kann ebenfalls zu unliebsamen Vorkommnissen, insbesondere zur Klageabweisung anhängig gemachter Verfahren bei den Arbeitsgerichten führen, was durch Beachtung der zwingenden Vorschrift vermieden werden muß.

„Wir sind in der Arbeiterfrage festgefahren“, so ähnlich schildert 1925 bei der Gründung des Dinta der bekannte Schwerindustrielle Bögl der sozialpolitische Situation des Unternehmens. Die Gewerkschaften begannen die Inflationen zu überwinden, sich zu festigen und die breite Masse der Arbeiter mit neuem Vertrauen zu erfüllen. Die Arbeitgeber waren, nachdem der allgemeine Ansturm auf die Sozialpolitik von Ende 1923 bis 1924 nicht die erwünschten Erfolge zeitigt hatte, etwas verlegen in der Wahl ihrer neuen politischen Kampfmittel gegen die Arbeiterkraft. Sie entdeckten jedoch bald, daß die junge Wissenschaft der Psychologie sich nicht nur für die sogenannten psychotechnischen Eignungsprüfungen verwenden ließ, sondern darüber hinaus auch eine ganz planmäßige allgemeine Erziehungspolitik der Unternehmer an ihrer Arbeitnehmerschaft auszubilden gestattete. Ausgehend von dieser Idee, wurde unter Führung des Oberingenieurs Arnold 1925 das Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung (Dinta) in Düsseldorf errichtet, das heute als psychologisch-pädagogischer Generalstab eines neuen sozialpolitischen Feldzuges der Unternehmer gegen die Gewerkschaften fungiert. Neuerdings zeigt sich ein besonderer Aufschwung der Dinta-Bestrebungen über die ersten Anfangserfolge hinaus. Erhöhte Wachsamkeit der Gewerkschaftsfunktionäre im Betriebe, der örtlichen und zentralen Verwaltungen der Gewerkschaften ist notwendig, um der weiteren Entwicklung jener unehrlichen geistigen Einflusnahme der Unternehmer auf die Masse der Arbeiter entgegenzuwirken, mit deren Hilfe man den gewerkschaftlichen Geist der Arbeiterschaft zu schwächen beabsichtigt. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Verlagsgesellschaft des ADGB, einen vor längerer Zeit erschienenen und in der gesamten Presse viel besprochenen Artikel des Leiters der Berliner Gewerkschaftsschule, Fritz Friede, in erweiterter Form als eine besondere Broschüre herausgegeben hat („Sie suchen die Seele“). Die neue psychologische Arbeitspolitik der Unternehmer, 56 Seiten. Preis 60 Pfg.). Diese neue und beachtenswerte Streitschrift schildert die Wirksamkeit und Stellung des „Dinta“ und der von ihm ausgehenden, planmäßig organisierten, neuen psychologischen Arbeitspolitik der Unternehmer. Sie stellt diese Politik in Zusammenhang mit den neueren sozialpolitischen Entwicklungstendenzen überhaupt. Sie deutet weiter sehr gründlich und genau die machtpolitischen Hintergründe der Dinta-Bestrebungen auf, lüftet deren soziale Maste und zeigt das wahre Gesicht des „Dinta“.

Ein besonderer Abschnitt behandelt die sogenannte Deutsche Volkshochschule in Berlin-Treptow und die nicht ungefährliche, aber sehr plumpe nationalistische Bildungsarbeit einer sogenannten deutschen Vereinigung unter der Landarbeiterkraft. In einem Schlußkapitel: „Wertgemeinschaft, Dintaziehung und Gewerkschaften“ werden die gewerkschaftlichen Konsequenzen an diesem Fragenkomplex gezogen.

Die Broschüre ist eine notwendige literarische Erscheinung und es ist zu empfehlen, daß jeder politische und gewerkschaftliche Funktionär in ihren Besitz kommt, um das neue Kampffeld der Unternehmer und ihre neue Frontstellung genau kennenzulernen.

BEKANNTMACHUNGEN DES ZENTRAL-VORSTANDES

Mit dem neuen Jahre treten folgende gaulische Veränderungen ein: Die Zahlstellen Römhild und Gleichamberg kommen zum VIII. Gau. Die Zahlstelle Börferrütt zum IX. Gau. Die Zahlstelle Neustadt i. Odenwald zum IX. Gau. Die Zahlstelle Hildesheim zum V. Gau. Die Zahlstelle Welitz zum VIII. Gau.

Zigaretten
aus dem Konsumverein
ein feiner Genuß!

Arbeitersportler 4 Pf.
Thadmor 4 Pf. Zeronth 5 Pf.

BEKANNTMACHUNGEN DER ZAHLSTELLEN- U. GAULEITUNGEN:

Oberschlesien. Tarifbezirk der Steinflechtergruppe! Sonntag, den 18. Dezember 1927, 12 Uhr, findet im Bahnhofshotel in Randzin eine Bezirkskonferenz für Oberschlesien statt. Tagesordnung ist durch Rundschreiben bekanntgegeben worden. Alle Zahlstellen müssen Delegierte senden. Schluß, Gauleiter.

ADRESSEN-ÄNDERUNGEN

- 3. Gau: **Benig.** Vorst.: Otto Kiedel, Dittmannsdorf 21 B. Kass.: Paul Zmscher, Schillerstr. 7.
- 6. Gau: **Lüttschendorf.** Vorst.: Johann Martin.
- 9. Gau: **Krankeheim (Hohe Köh),** Krs. Meiningen-Thür. Vorst.: Gottfried Stätler. Kass.: Gottfried Abe. — **Kesselbach,** Krs. Gießen-Oberhessen. Vorst.: Georg Nahrung, Lonsdorf, Krs. Gießen. Kass.: Georg Schäfer, Kesselbach, Krs. Gießen, Oberhessen.

ANZEIGEN

Achtung! Berlin. Achtung!
Wegen der Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützung ist das Ortsbureau vom **Sonnabend, dem 10. Dezember, bis Dienstag, dem 20. Dezember,** ab mittags 12 Uhr, geschlossen. Die Ortsverwaltung

Demitzer Steinsalbe
wird seit Jahren von hiesigen Steinarbeitern gegen aufgesprungene und rissige Haut gebraucht u. sehr gelobt.
1 Sch. — 50. 100 Sch. 40. — Mk.
durch die
Apotheke Demitz - Thumitz i. Sa.

Tüchtige Granit-Steinmetzen
für dauernde Arbeit stellt sofort ein
Alfred Scholtz Nachfolger, Gölitz
Rauschwalder Straße 1978

2 tüchtige Steinmetzen
auf Kalkstein, einer davon an die Drehbank, stellt sofort ein
Emil Conrad, Bildhauer und Steinmetzmeister, Pöneck i. Thür.

Editer Hanewacker

Pflasterhämmer
aus bestem Schweißstahl
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Pflasterhämmer
sowie sämtliche Werkzeuge für Straßenbau und Steinschlag.
Franz Mager sen., Inh. Reinhold Mager
Berlin N. 20, Hochstraße 19.

Im Dezember erscheint: Taschenbuch für d. gesamten Straßen- und Wegebau 1928

19. Jahrgang. Von Stud.-Rat Dipl.-Ing. Stueck.
Aus dem Inhalt des neuen Jahrgangs: Wie kann der Bauführer bei der Prüfung und Bewertung der bituminösen Straßenbaustoffe mitwirken? — Temperaturangaben für den Teer- und Asphaltstraßenbau. — Deutschlands Landstraßennetz. — Der Ausbau der Ueberlandstraßen. — Neue Normalprofile für Ausbaustraßen. — Stand und Aussichten der Normung im Straßenbauwesen. — Was ist Kalkasphalt? — Teeremulsionen. — Teerstraßenbau. — Kittenstraßen. — Betonstraßen — Sonderbauweise. — Vulkanexstein-Pflaster. — Die Verbesserung der Stampfasphaltstraßen. — Maschinelles Rammen von Pflaster. — Kostenangaben für Geräte und Apparate zur Asphaltuntersuchung. — Spezifische Gewichte, Volumengewichte von Straßenbaustoffen. — Eigengewichte der gebräuchlichsten Baustoffe, F. II. und Lagerstoffe. — Zulässige Beanspruchungen von Baustoffen und des Baugrundes. — Straßenbauelemente und einige Deckenbauweisen (Preise für ausgeführte Befestigungen, Preise für Kostenanschläge, Tabellen zur Absteckung von Kreisbogen usw.). — Musterbeispiel. — Vollständiger Entwurf nebst Ausschreibung für den Umbau einer Hauptverkehrsstraße. — Tagesnotizbuch, Kalendarium usw.

Umfang 400 Seiten mit 130 Abbildungen.
In Kunstleder gebunden, mit Deckeltasche.
Zum Vorzugspreise von 3.50 Mk. Porto extra.
Unterzeichneter wünscht Zusendung von Exemplar gegen Nachnahme:

Name: _____
Adresse: _____

Gefälligst ausschneiden und im Kuvert einsenden an den
Verlag Bock & Co., G. m. b. H., Berlin W 9
Linkstraße 38. III.

GESTORBEN

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion)

In **Gera** am 9. November der Kammer Willi Seidel, 30 Jahre alt, Magen- und Leberleiden (73 Wochen krank).

In **Rottenbaur** am 15. November der Hilfsarbeiter Christian Trunk, 19 Jahre alt, Herzschlag.

In **Fürstenstein** am 18. November der Schmied Johann Gochler, 67 Jahre alt, Betriebsunfall (vierzehn Tage krank).

In **Altenhain** am 19. November der Pflastersteinmacher Karl König, 69 Jahre alt, Nervenleiden (7 Wochen krank).

In **Leipzig** am 20. November der Sandsteinmeh Ernst Engelmann, 48 Jahre alt, Lungenbluten (2 1/2 Jahre krank).

In **Wilhelmshaven** am 22. November der Seinflechter Menken, 53 Jahre alt, Herzschlag.

In **Bürgstadt** am 23. November der Sandsteinmeh Joh. Helmetter, 46 Jahre alt, Lungenleiden (zwei Monate krank).

In **Hamburg** am 24. November der Seinflechter Karl Schulz, 79 Jahre alt, Altersschwäche.

In **Grünberg** am 29. November der Kammer Paul Neumann, 42 Jahre alt, Kopfrippe (21 Tage krank)

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold Verlag: Ernst Winkler beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Vom Straßenbau

VI.

Versuchsstraßen.

Die große Frage des Straßenbaues: Welche Straßenbedeckung und welche Straßenkonstruktion... Die große Frage des Straßenbaues: Welche Straßenbedeckung und welche Straßenkonstruktion... Die große Frage des Straßenbaues: Welche Straßenbedeckung und welche Straßenkonstruktion...

Eine besondere Stellung nimmt die Versuchsstraße des Deutschen Straßenbauverbandes ein, welche im Jahre 1925 mit Unterstützung des Reichsverkehrsministeriums in der Nähe Braunschweigs geschaffen wurde. Diese Versuchsstraße ist keine öffentliche Verkehrsstraße...

pro Quadratmeter: Kleinpflaster 14,28 Mk., Beton 11 Mk., Innenteuerung 10,20 Mk., Steinschlagasphalt 8,85 Mk., Chaussierung mit Oberflächenbehandlung 5,43 Mk. und gewöhnliche Chaussierung 3,73 Mk.

Gefährt sollten auf dieser Versuchsstraße folgende für den Straßenbau wichtige Fragen werden:

- 1. Wie wirken die schweren Lastkraftwagen bei verschiedener Geschwindigkeit auf die Fahrbahndecke, und
2. wie bewähren sich die hauptsächlichsten Straßenbefestigungen unter gleichen Verkehrsverhältnissen im Vergleich miteinander?

Es ist schon gesagt worden, daß diese Versuchsstraße keine öffentliche Verkehrsstraße ist. Aus diesem Grunde mußten die Versuche mittels eines besonders eingerichteten Kraftwagenverkehrs durchgeführt werden...

Diese 11 Meter breite Versuchsstraße ist wiederum in vier Fahrspuren von je 2,75 Meter Breite eingeteilt worden. Die erste Spur wird mit Kraftwagen mit Luftreifen, die zweite mit hochelastischen Reifen, die dritte mit Vollgummireifen und die vierte mit Zugmaschinen befahren.

Die erste Wertung dieser auf der Versuchsstraße in Braunschweig eingebauten Straßenbedeckung erfolgte über die Zeit vom 18. August 1925 bis 28. Januar 1926. Allerdings war der Abschluß dieser ersten Versuchsreihe nicht entscheidender Art...

1. Das Kleinpflaster. Auf allen vier Spuren sind beginnende Gleisbildungen zu erkennen von etwa 12 bis 16 Millimeter Tiefe. An einigen Stellen wurde ein höchstmaß von zwei Zentimeter ermittelt.

In Spur 4 zeigen sich auf der Basaltstrecke in geringem Maße Kantensplittungen, auf der Gabbrotrecke ein geringes Abschleifen der Unebenheiten der Kopfflächen.

2. Die gewöhnliche Chaussierung. Die Strecke befand sich bei der Befestigung am 9. Januar 1926 infolge der anhaltend nassen Witterung der letzten Woche in schlechtem Zustande; sie war aufgeweicht und der Steinschlag in der Oberfläche gelockert.

Bei der Befestigung am 30. Januar waren die durch das Zusammenschieben des Dekmaterials entstandenen Unebenheiten beseitigt und der Steinschlag in der Oberfläche unter den besseren Witterungsverhältnissen wieder fest geworden.

3. Die Chaussierung mit Oberflächendichtung. Die Spur 1 liegt gut, in den Spuren 2 und 3 sind Schlaglöcher im Entstehen begriffen, durch deren Ausfüllung mit Splitt bis jetzt kein befriedigender Zustand geschaffen werden konnte.

meine Zustand der Spur 3 ist etwas schlechter als derjenige der Spur 2.

In Spur 4 ist die obere Deckschicht durch die eisenbereiften Anhänger stark beschädigt, ohne daß deutlich ausgeprägte Schlaglöcher vorhanden sind.

4. Die Asphaltkottendecke. In der Spur 4 hat sich eine etwa 1 Quadratmeter große Stelle gelockert, nachdem das Material der oberen Deckschicht mürbe geworden ist.

Die Spuren 1, 2 und 3 haben sich gut gehalten und zeigen keine erheblichen Unterschiede.

5. Die Betonstrecke. Auf der mit Wasserglas überzogenen Strecke zeigen sich in den Spuren 2 und 3 feine, wie durch Wegung entstandene Unebenheiten in der Oberfläche.

Auf Spur 4 zeigt sich bereits ein deutlicher Verschleiß in den Radspuren, der auch durch die Profilmessungen nachgewiesen ist.

An den glattgestoßenen Quersügen zeigte sich sehr bald eine Absplittung der Kanten, so daß eine nachträgliche Ausfüllung mit Asphalt geboten war.

6. Innenteuerung. a) Heißeinbauverfahren. Die Spur 1 hat sich gut gehalten. Auf der Spur 2 sind — besonders in der äußeren Radspur — bald nach der im Oktober 1925 vorgenommenen Oberflächenteuerung in dem Teerüberzuge zahlreiche Fehlstellen...

b) Kalteinbauverfahren nach Dammann. Die Decke hat sich auf den Spuren 1, 2 und 3 gut gehalten, am besten auf Spur 1. Auf Spur 4 finden sich auf einer 46 Meter langen Strecke in der Decklage Beschädigungen, die sich über die ganze Breite der Spur erstrecken.

Schon diese erste Wertung der auf der Braunschweiger Versuchsstraße eingebauten Straßenbedeckung läßt die Vorzüge des Kleinpflasters in deutlicher Weise erkennen.

Die zweite Versuchsperiode erstreckte sich von Anfang Februar bis Ende Oktober 1926 mit 201 Fahrtagen. Die festgestellten Belastungen der Versuchsstraße in den einzelnen Fahrspuren waren wesentlich größer als bei der vorhergehenden Versuchsreihe.

Der Basalt

Mag der basaltene Mohnstein Zum Schreck es erzählen im Lande, Wie er gebrochelt im Flammenschein Und geschwärzt entstieg dem Brande: Brenn's drunten noch Jahr aus Jahr ein, Beim Wein soll uns nicht bange sein, Nein, nein! Soll uns nicht bange sein!

F. v. Kobell, Urzeit der Erde, p. 33.

Es war der Basalt ein jüngerer Sohn Aus altvulkanischem Hause, Er lebte lange verkannt und gedrückt In erdief verborgener Klause.

Vulkanische Kraft war damals gehäht Ob ihrer zerstörenden Schläge, Dem Ruhebedürfnis der Erde entsprach Entwicklung auf feuchtem Wege.

Eintönig wogte die Flut und litt Nichts Hartes mit scharfer Kante, Die Felsen zerstieß sie zu Kieselstein, Die Kiesel zertrieb sie zu Sande.

Erdmännlein, die klugen, erkannten betrübt Die Gefahr allmählicher Verjüngung, Da schürten sie unten leis am Basalt: „Erwach' aus deiner Verdummung!

„Erwach', sei ein Mann und erhebe dein Haupt Zerpreng' die beengenden Bande, Aus himmelanstreigender Felsenburg Beherrscht die geschichteten Lande!“

„Erwach' und ruf: perrumpendum est! Wie drüben im Alpenbezirke Deine tapfern Ahnen Granit und Porphyr, Die Stammherren der fähigsten Gebirge.“

Da hub der Basalt zu seufzen an, Er hatte, von Langweil betrübet, Ein geologischer Romeo, Sich in die Molasse verliebet.

Molasse, der Erbsünde Töchterlein, Moderne, marine Schichten! Drum nagte der Gram wie verzehrender Rost An seinem Trachten und Dichten.

Um der Tiefe zentrale Urfeuer lag Er träumend und sprach wie im Fieber. „D wär' ich ein wäß'riger Niederschlag Und bei Ihr... das wäre mir lieber!“

Erdmännlein, die klugen, die trugen stets Den Fortschritt des Ganzen im Sinne; Was kümmert solch doktrinäres Volk Des Einzelnen Herzweh und Minne?

Und wieder hekten und schürten sie scharf: „Lass' ab von deinen Visionen, Du erntest nur einen Korb und den Spott Der sämtlichen Formationen.“

Schon flüstert's der Onkel Steinsalz dem Raff, Schon blasen es höhnisch die Wellen: „Wie kann sich des Meeres drittältestes Kind Dem Auswurf des Feuers gefallen?“

... Was weiter geschah, man erfuhr es nie, Doch plötzlich feht' ihn ein Wüten, In feuriger Lohe schnob er heraus, Seine Adern glühten und sprühten.

Lauttrafend drang er nach oben vor Und sprenge mit sengenden Gluten Die Decke der Schichten, die wie ein Ab Schwerlastend über ihm ruhten.

Auch sie, für die er einst schwärmte, sank Als Opfer der grimmen Verheerung. ... Auflacht er höhnisch und hüllt' sich in Rauch Und säumte zu neuer Zerstörung.

Und Schlag auf Schlag — dumpfkrachend Getös Von tausend und tausend Gewittern... Die Erde barst, es durchzuckte sie tief Ein Schüttern und Zittern und Splittern.

Bis steil majestätisch der feurige Kern Den Klaffen Spalten entsteiget, Und trümmerbefäet sich Land und Flut Dem Säulengewaltigen neiget.

Da stand er und schaute die blaue Luft Und der Sonne lüchelpendendes Walfen, Dann seufzte er tief... kühl weht es vom See... Dann sank er in starres Erkalten.

Doch in dem Gefelle wohnt heute noch Ein seltsam Tönen und Klingen, Als wolk' es von seliger Jugendzeit Ein Lied der Sehnsucht uns singen.

Und ein goldgelb Tröpflein Natrolith... Im geschwärzten Stein oft erscheint... Das sind die Tränen, die der Basalt Der gesprengten Molasse weinet.

Aus „Gaudeamus“ von Viktor von Scheffel.

Wer da fährt nach großem Ziel, Vern' am Steuer ruhig sitzen, Unbekümmert, wenn am Riel Lob und Tadel hoch aufsprigen.

(Aus: J. Mayer, Zeppelin, Stuttgart 1925.)

Bauverbandes aus, hat sich namentlich auf den Chauffierungsstreifen trotz der Oberflächendichtung, aber auch auf beiden Teerstreifen als sehr schädlich erwiesen. Ueber die Wirtschaftlichkeit der eingebauten 6 Straßendecken sagt die angelegene Denkschrift folgendes auf Grund der Versuche:

„Das Kleinpflaster, der Beton und der Steinschlagasphalt auf den Spuren 1 bis 3, sowie der Teermafadam auf den Spuren 1 bis 2 haben die Tagesbelastung von 2774 Tonnen anstandslos ausgehalten. Die dabei aufgewendeten Inkosten sind wirtschaftlich vertretbar. Der Teermafadam auf Spur 3, der Schlackasphaltgrotter (Innenteerung) und die Chauffierung mit Oberflächendichtung auf den Spuren 1 bis 2 waren der angegebenen Verkehrsbelastung nur bei Aufwendung ganz erheblicher Unterhaltungsarbeiten gewachsen. Nach mehr Aufwendungen waren beim Schlackasphaltgrotter und bei der Chauffierung mit Oberflächendichtung auf Spur 3, sowie bei der Chauffierung mit nachträglicher Emulsionsbehandlung auf allen 3 Spuren erforderlich. Namentlich letztere Befestigungsart hat sich für den hier vorliegenden Lastkraftwagenverkehr als völlig unzureichend herausgestellt.“

Als Folgerung aus diesen Versuchen wird darum gefordert, daß starker Lastkraftwagenverkehr, namentlich mit Vollgummireifen, auf chauffierten Fahrbahnen nicht gebildet werden kann, wenn diese nicht bald der Zerstörung anheimfallen und sich somit als unwirtschaftlich erweisen sollen.“

Von besonderem Interesse ist der Einfluß des Kraftwagenverkehrs auf der Spur 4 der Versuchsstraße. Obwohl diese Spur wie oben schon angegeben, eine weit geringere Verkehrsbelastung auszuhalten hatte als die anderen Spuren, zeigen sich durch das Befahren mittels Zugmaschinen und eisenerreifen Anhänger Erscheinungen, die wesentlich von den Ergebnissen auf den drei anderen Spuren abweichen, die nur von Kraftwagen mit Gummibereifung mit einer Geschwindigkeit bis zu 10 Kilometer die Stunde befahren wurden. Die Einwirkungen der Eisenreifen auf die Straßendecke, die auf den öffentlichen Verkehrsstraßen noch eine große Verbreitung haben, zeigen, daß diesem Verkehr nur das Kleinpflaster gewachsen ist und seine Wirtschaftlichkeit bei diesem Verkehr am deutlichsten zeigt. Die Unterhaltungskosten der verschiedenen Straßendecken auf der mit eisenerreifen Wagen befahrenen Fahrspur 4 sind folgende pro Quadratmeter: Kleinpflaster 0,18 M., Beton 0,32 M., Steinschlagasphalt 0,49 M., Innenteerung 2,15 M. und 4,35 M., Chauffierung mit nachträglicher Emulsionsbehandlung 4,63 M. und Chauffierung mit Oberflächendichtung 6,19 M. Die angelegene Denkschrift kommt im Vergleich zu den Unterhaltungskosten der Straßendecken auf Fahrspur 4 zu folgendem Schluß:

„Der Unterhaltungskostenaufwand für die Chauffierung mit Oberflächendichtung (i. Mittel 6,19 RM./Quadratmeter) und für die Chauffierung mit nachträglicher Emulsionsbehandlung (im Mittel 4,63 RM./Quadratmeter) ist so hoch, daß unter Berücksichtigung der erstmaligen Herstellungskosten beispielsweise das Kleinpflaster bereits nach 2 Jahren sich billiger stellt als die vorstehende Chauffierung.“

Von allem Anfang an wurde die Versuchsstraße in Braunschweig in den Zirkel der Kritik aus diesem Grunde gezogen, daß der sich auf dieser Versuchsstraße abspielende Kraftwagenverkehr den auf den öffentlichen Straßen sich vollziehenden in keiner Weise gleiche. Insbesondere sei bei den Versuchen auf dieser Straße ein gewisses Manko der wirklichen Verkehrsverhältnisse, daß der Pferdefuhrwerksverkehr, der heute noch zur Hälfte die deutschen Landstraßen beherrscht, bei den Braunschweiger Versuchen keine Würdigung finde. Nun, diesen Einwendungen ist der Deutsche Straßenbauverband dadurch wirkungsvoll entgegengetreten, daß er in der Zeit vom 6. November 1926 bis 30. Dezember 1926, also in der Zeit von 45 Fahrtagen, einen gemischten Verkehr auf dieser Straße entwickelte, dessen Ergebnisse äußerst interessant sind. Es wurden zu diesem Zweck 1 Lastkraftwagen mit Vollgummireifen, 2 Zugmaschinen mit Vollgummireifen und je 2 eisenerreife Anhänger und Pferdefuhrwerke zu einem Versuch zusammengestellt, der im wesentlichen den gemischten Verkehr auf der Landstraße zur Darstellung brachte. Die Straße wurde während der 45tägigen Versuche durch den gummiereiften Lastwagen und die gummiereiften Zugmaschinen mit 54 935 Tonnen und durch die eisenerreife Anhänger und die Pferdefuhrwerke mit 41 452 Tonnen belastet. Der Eisenreifenverkehr betrug also nur 43 Prozent des gesamten Verkehrs bei diesem Versuche und wird in diesem Verhältnis den Verkehr auf öffentlichen Straßen vollkommen gerecht werden. Vor Beginn der Versuchsfahrten wurden alle Straßendecken vollkommen instand gesetzt, und nach Abschluß der Arbeiten wurde nach der Denkschrift des Straßenbauverbandes der Zustand der Straßendecken wie folgt festgestellt:

„1. Das Kleinpflaster zeigt keine Beschädigung, wohl aber sind die Radspuren ausgeprägter als vor Beginn der Fahrversuche mit dem gemischten Verkehr. Bei dem rauhen Gabbrokleinpflaster sind die Köpfe der Pflastersteine durch das Befahren ebener geworden.“

2. Die gewöhnliche wassergebundene Decke der Spur 2, die im August 1926 einen Anstrich mit Teerol (Teeremulsion) erhalten hat, ist gleichfalls durch den gemischten Verkehr stark beschädigt. Ihr Zustand ist aber besser als derjenige der Chauffierungsstraße unter 3, da die hier ausgeführten Ausbesserungen mit Steinschlag ihren Zweck erfüllt haben.“

3. Auf der Chauffierungsstraße mit Oberflächendichtung ist eine völlige Zerstörung der Decke und eine teilweise Zerstörung der Mitteldecke festgestellt. Es ist während der Fahrperiode versucht, die Schäden, wie unter 2, auch mit Steinschlag auszubessern, was hier aber nicht gelungen ist. Der Zustand der Gabbro- und Diabasdecke ist etwas besser als derjenige der Basaltdecke. Die auf einer Teilstrecke der Diabasdecke Ende September 1926 versuchsweise ausgeführte Erneuerung der oberen Decke mit größerem Splitt unter Verwendung von möglichst wenig Teer hat bewirkt, daß diese Teilstrecke sich besser gehalten hat als die angrenzende alte Decke. Um die Strecken unter 2 und 3 einigermaßen fahrbar zu erhalten, sind schließlich Spurrinne gelegt, wodurch das Spurfahren gemildert wurde. Die Lage der Spurrinne wurde täglich verändert.“

4. Die Steinschlagasphaltstrecke zeigt zahlreiche kleine Zerstörungen an der Oberfläche, die nach den Beobachtungen mit durch die Angriffe des Hufbeschlages der Pferde auf die Decke entstanden und dann durch die Eisenerreifen der Fahrzeuge verschlimmert sind. Die Zerstörung der Oberfläche ist so weit fortgeschritten, daß die obere Schicht erneuert werden muß, um die weitere Zerstörung der Decke aufzuhalten. Es haben sich auf dieser Decke auch regelrechte Schlaalöcher gebildet, die auf der Strecke mit Mexikotitumen zahlreicher sind als auf der Strecke mit Rheinaniatitumen.“

5. Der Beton ist durch die eisernen Reifen angegriffen. Er ist in den Oberflächen durchweg rauh und uneben. Die Abnutzung ist in den verschiedenen Feldern ungleich. Am stärksten ist sie auf den Feldern, die an die Steinschlagasphaltdecke angrenzen. Neuerdings zeigt sich, daß die Abnutzung stellenweise so weit fortgeschritten ist, daß die Eiseneinlage dicht unter der Oberfläche liegt, was an der Färbung vermutlich infolge von Rostbildung zu erkennen ist.“

Ein nennenswertes Abplittern des Betons an den Fugen hat nicht stattgefunden. Der Bitumengewergewirte ist bei sachgemäßer Ausführung ausreichenden Schutz gegen Beschädigung der Betonanten an den Fugen, wenn er sich nietkopfförmig über die Fugenränder legt.“

6a. Von der Teermafadamstrecke liegen nur die ersten 10 Meter, die an die Dammanstrecke grenzen, befriedigend. Im übrigen ist die obere Decke nur noch in Fugen vorhanden; auch die darunter liegende Schicht ist teilweise angegriffen. Besonders schlechte Stellen sind laufend mit Damman-Schlackasphalt gestrichelt, was sich bewährt hat. Es war aber wegen der ungenügenden Witterung nicht möglich, die ganze Decke in ordnungsmäßigem Zustande zu erhalten.“

6b. Die Schlackasphaltgrotterstrecke liegt im ganzen leidlich. Es sind zwar zahlreiche Schlaglöcher vorhanden,

die aber im einzelnen nur mäßigen Umfang haben. Die Gabbrostrecke ist etwas besser als die Kalkstrecke, bei der die mit Handschlag hergestellte Teilstrecke weniger angegriffen ist als die mit Maschinenschlag hergestellte Teilstrecke. Auf der letzteren sind außerdem mehr Fidarbeiten ausgeführt als auf der Strecke mit Handschlag. Die mit Damman-Schlackasphalt ausgeführten Ausbesserungen haben sich auch hier wie überall sonst bewährt.“

Die gewaltigen Zerstörungen, die dieser gemischte Verkehr in der kurzen Zeit von 45 Tagen den verschiedensten Straßendecken nach vorstehenden Feststellungen zufügt, läßt klar erkennen, daß das Kleinpflaster allen anderen Straßendeckungsmitteln bei dem gemischten Verkehr überlegen ist. Die angelegene Denkschrift kommt darum zu dem Schluß:

„Unter den vorliegenden Versuchsbedingungen kann die Reihenfolge der Widerstandsfähigkeit der verschiedenen Straßendeckungsarten nach dem Zustande der Spur 2 am Ende der Fahrversuche mit gemischtem Verkehr wie folgt angenommen werden:

1. Kleinpflaster,
2. Beton,
3. Steinschlagasphalt,
4. Schlackasphaltgrotter,
5. Teermafadam,
6. wassergebundene Chauffierung mit nachträglichem Teeremulsionsanstrich,
7. Chauffierung mit Oberflächendichtung.“

Die Ergebnisse der Wertungen der Straßendecken auf den verschiedensten Versuchsstraßen zeigen mit aller Deutlichkeit, daß soweit sie die Landstraßenverhältnisse berücksichtigen, das Kleinpflaster als die wirtschaftlichste und hochwertigste Straßendecke anerkannt wird. Das Kleinpflaster hält den größten Verkehrsbelastungen und den schärfsten Einwirkungen der Wagenbereifungen stand. Es ist weiter für die zunehmende Schnelligkeit der Kraftwagen die verkehrssicherste Straßendecke nicht nur auf der Landstraße, sondern im gleichen Sinne als Decke der Stadtstraßen. Das Natursteinpflaster durchweg hat aus seinen Vorzügen heraus den Anspruch auf weitest verbreitete Verwendung gerechtfertigt. Gut bearbeitetes Pflastersteinmaterial, mit größter Sorgfalt in die Straße verlegt, wird allen Anforderungen an die Straße der Zukunft in vollem Maße genügen.“

Freiwillige Beitragsleistung in der Invalidenversicherung

Zu einer Anzahl Zweifelsfragen, die erwachsen waren aus der mit dem 1. Oktober 1925 in kraft getretenen Bestimmung, nach der zur freiwilligen Invalidenversicherung Beiträge der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Lohnklasse, mindestens aber in der Lohnklasse 2 zu entrichten sind, hat das Reichsversicherungsamt in einer grundsätzlichen Entscheidung vom 1. Oktober d. J. (II 622/27) Stellung genommen, nachdem es bereits in einer früheren Entscheidung sich gegen die von den Vorinstanzen vertretene Auffassung gewandt hatte, es könne ein freiwillig Weiterversicherter zur Nachzahlung auf zu niedrige Beiträge gezwungen werden.

Zweifel bestanden zunächst darüber, ob eine Berichtigung zu niedrig geleisteter Beiträge auch nach Ablauf der einjährigen Frist des § 1443 RVO. (freiwillige Beiträge dürfen nach § 1443 für mehr als 1 Jahr zurück entrichtet werden) vorgenommen werden könne. Streitig war weiter, ob solche Berichtigung noch vorgenommen werden dürfe, nach Eintritt des „Berichtigungsfalles“. Zweifelhaft war insbesondere auch, ob der Wert der in einer zu niedriger Lohnklasse entrichteten freiwilligen Beiträge zur „Berichtigung“ anderer Beitragsmarken zu niedriger Lohnklassen verwendet werden könnten, etwa in dem Sinne, daß beispielsweise mit 40 zu niedrigen Beiträgen doch der Wert für mindestens 20 der nach dem jeweiligen Einkommen zu leistenden Beiträge als rechtswirksam gedeckt angesehen werden könne. Alle diese Zweifelsfragen hat nun das RVO. in einem den Versicherten günstigen Sinne entschieden. Dagegen hat es ausgesprochen, daß der Anspruch des Versicherten auf Erstattung der zu niedrig entrichteten Beiträge und damit auch auf die Anrechnung auf andere Beiträge innerhalb der kurzen Verjährungsfrist (sechs Monate) des § 29 RVO. geltend zu machen sei.

Bei der großen Wichtigkeit der neuen Entscheidung für weite Kreise der Versicherten sei sie hier ihrem wesentlichen Inhalte nach wiedergegeben:

In der Sache handelt es sich um folgendes: Ein Versicherter hatte in seiner Duitungsart 20 vom 1. August 1925 ab noch 43 Markten nach Klasse 4 und 4 Ergänzungsmarken zu je 10 Pf. verwendet; er hatte aber nach seinem Einkommen Beitragsmarken nach Klasse 6 zu entrichten gehabt. Der Versicherer verlangte nun von der Landesversicherungsanstalt die Umwandlung der 43 Markten der Klasse 4 und die 4 Ergänzungsmarken ihrem Geldwert entsprechend in 31 Markten der Klasse 6. Die LVA. lehnte das Ansinnen des Versicherten als unzulässig ab. Das RVO. hat, da die Sache vom Oberversicherungsamt zur grundsätzlichen Entscheidung abgegeben wurde, begründet nun seinen entgegengesetzten Standpunkt wie folgt:

„Mit dem V. A. ist davon auszugehen, daß die von Sch. seit dem 1. August 1925 verwendeten Marken der Lohnklasse 4 zunächst keine voll wirksamen Beiträge darstellen, da sie nicht, wie in § 1440 RVO. vorgezeichnet, in der dem Einkommen entsprechenden Lohnklasse entrichtet sind. Beiträge in einer zu niedriger Lohnklasse sind aber immerhin bedingt rechtswirksam (zu vergl. Rev. E. 1255, A. R. 1906 S. 287). Sie können ... mit der Folge voller Rechtswirksamkeit berichtigt werden. Bei der nachträglichen Berichtigung der zu niedrigen Beiträge ist der Versicherte nicht an die Frist des § 1443 RVO. gebunden. Denn schon durch die Verwendung von irgendwelchen, auch zu niedrigen freiwilligen Beiträgen ist das Band der freiwilligen Versicherung geschaffen ... § 1443 RVO. legt eine Frist nur für freiwillige Beiträge an sich, aber nicht für die Ergänzung zu niedriger Beiträge ... Hierfür ist keine zeitliche Grenze vorgeschrieben. Sie können jederzeit nachgebracht werden, selbst nach Eintritt der Invaliddität. Diese Möglichkeit besteht sogar noch während des Rentenverfahrens ...“

Keiner Erörterung bedarf es für den vorliegenden Fall, ob die Berichtigung auch dann noch zulässig ist, wenn in einem besonderen Verfahren — 1459 RVO. — die Marken rechtskräftig als unzureichend festgestellt sind und der Versicherte gleichwohl nicht innerhalb einer angemessenen Frist ihre Ergänzung bewirkt hat.

Es hängt also regelmäßig von der Entschliebung des Versicherten ab, ob und in welchem Umfange eine Berichtigung der in der zu niedrigen Lohnklassen entrichteten Beiträge vorgenommen werden soll. Lehnt er eine Berichtigung ab, so kann er die in der zu niedrigen Lohnklasse entrichteten Beiträge von der LVA. Anstalt innerhalb sechs Monaten nach Ablauf des Kalenderjahres zurückverlangen, in dem sie entrichtet worden sind. Nur die kurze Verjährungsfrist des § 29 Abs. 2 RVO. greift Platz, nicht dagegen die Verjährungsfrist des § 1446 Abs. 2 RVO. ... Im vorliegenden Falle ist demnach der Anspruch auf Erstattung der vom Versicherten vom 1. August bis zum 31. Dezember 1925 geleisteten Beiträge am 1. Juli 1926 verjährt ... Dagegen ist der Anspruch des Versicherten auf Erstattung der nach dem 1. Januar 1926 verwendeten Beiträge nicht verjährt. Der Versicherte hat also eine Forderung in dieser Höhe an die LVA. Anstalt. Er braucht sich aber den Betrag nicht bar auszahlen zu lassen, sondern kann ihn zur Deckung des Wertunterschieds zwischen den von ihm seit dem 1. August 1925 verwendeten Marken der Lohnklasse 4 und solchen der Lohnklasse 6 bestimmen. Wollte man dem Versicherten diese Möglichkeit absprechen, so würde das eine unverständliche Jörmlichkeit und Umständlichkeit zur Folge haben. Man würde ihn zwingen, den Betrag zunächst zur LVA. Anstalt auszahlen zu lassen, um ihn alsbald wieder an sie zurückzahlen ...“

Die Beiträge, die der Versicherte seit dem 1. Januar 1926 gezahlt hat, und die er von der LVA. Anstalt zurückverlangen könnte, können also ihrem Geldwert nach zur Auffüllung der seit dem 1. August 1925 entrichteten minderwertigen Beiträge verwendet werden. Will der Versicherte über die Zahl der dadurch aufgewerteten Marken hinaus noch eine größere Anzahl der minderwertigen Beiträge zu vollwertigen machen, so muß er für diese den Unterschiedsbetrag zwischen den Beiträgen der Lohnklasse 4 und Lohnklasse 6 bar nachzahlen.“

Das für die freiwillig Weiterversicherenden besonders Günstige in der Stellungnahme des RVO. Amtes liegt darin, daß eine Berichtigung zu niedrig entrichteter Beiträge jederzeit, so auch noch während des Rentenverfahrens, vorgenommen werden kann. Allerdings ist nicht zweifelhaft, ob auch bei Tod des Versicherten von den Hinterbliebenen noch eine Berichtigung zu niedriger Beiträge zulässig ist. Denn das RVO. Amt spricht in den Gründen seiner Entscheidung nur von dem „Eintritt der Invaliddität“.

Offen gelassen hat das RVO. Amt ausdrücklich auch die Frage, ob die Berichtigung dann noch zulässig ist, wenn vorher bei einem Streit zwischen dem Versicherten und dem Versicherungsträger über die Beitragsleistung vom Versicherungsamt bzw. Oberversicherungsamt die Unzulänglichkeit der Beitragsleistung festgestellt ist und der Versicherte unterlassen hat, die Ergänzung in einer angemessenen Frist zu bewirken. In solchem Falle tut deshalb der Versicherte gut, die Berichtigung vor als zu niedrig erachteten Beiträge unverzüglich nach der rechtskräftigen Feststellung vorzunehmen.

Ein Bureaufratenstücklein

Ein Mitglied Sch. der Allgemeinen Ortskrankenkasse Fürstenberg i. M. hat sich während eines Aufenthalts in Berlin von einem dortigen Zahnarzt am 10. November 1925 einen Zahn ziehen lassen und ihm dafür einen Betrag von 4 Mark bezahlt. Hieron hat die Kasse Sch. einen Betrag von 1,80 Mark erstattet. Bei einer Kassenrevision hat das Versicherungsamt Neustrelitz jene Erstattung ihrer Höhe nach beanstandet, weil die Kasse im Falle einer unmittelbaren Beauftragung des Sch. diesem nur 1,49 Mark zu zahlen gehabt hätte. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Fürstenberg stellt sich auf den Standpunkt, daß die beanstandete Mehrzahlung von 31 Pfennig sich mit Billigkeitsgründen rechtfertigen lasse. Auf Verlangen des Versicherungsamts Neustrelitz forderte sie dann aber Sch. zur Zurückzahlung der 31 Pf. auf, wobei sie anbeifstellte, eine Entscheidung des Versicherungsamts Neustrelitz im Spruchverfahren herbeizuführen. Das tat Sch. Durch Vorentscheidung seines Spruchauschusses für den 10. Februar 1926 hat das Versicherungsamt Sch. für verpflichtet erklärt, der Allgem. Ortskrankenkasse Fürstenberg 31 Reichspfennig zurückzuerstatten, worauf das Versicherungsamt Neustrelitz am 8. März 1926 „im Aufzugswege die Einziehung der 31 Reichspfennig durch die Kasse anordnete. Gegen diese Anordnung erhob die Kasse Beschwerde beim Oberversicherungsamt Neustrelitz. Die Beschwerde wurde von diesem durch Entscheidung vom 31. März 1926 zurückgewiesen.“

Daraufhin hat das Versicherungsamt Neustrelitz am 15. Mai 1926 nochmals die Einziehung des bezeichneten Betrags angeordnet und gleichzeitig dem Vorsitzenden des Vorstandes der Kasse eine Ordnungsstrafe von 50 Mark für den Fall angedroht, daß die Einziehung nicht innerhalb eines Monats erfolgen sollte. Die Kasse machte Einwendungen, worauf aber nach langwierigen Verhandlungen das Versicherungsamt wiederum die Einziehung des Betrages von 31 Reichspfennig mit Frist von 14 Tagen anordnete.

Die Krankenkasse legte auch gegen diese Anordnung der Einziehung beim Oberversicherungsamt Neustrelitz wiederum Beschwerde ein, die zurückgewiesen wurde.

Nun hatte kürzlich das Reichsversicherungsamt in Bewegung zu setzen. Das Reichsversicherungsamt entschied, daß die Allgemeine Ortskrankenkasse Fürstenberg berechtigt war, „unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des Einzelfalles nach billigem Ermessen einen höheren Betrag zu ersehen ... Das Reichsversicherungsamt durfte sie daher nicht im Aufzugswege zur Wiedereinziehung des über den Betrag von 1,49 Mark hinaus gezahlten Betrages von 31 Reichspfennigen anhalten ...“

Es ist wohl am besten, wenn man dieses Bureaufratenstücklein des Versicherungsamts Neustrelitz für sich sprechen läßt. Ein Kommentar ist überflüssig. Gestagt werden soll nur: Wollte das Reichsversicherungsamt Neustrelitz (oder wohl richtiger: sein amtlicher Vorgesetzter) mit aller Gewalt den Steuerzahlern den Glauben beibringen, daß sie zu viel Beamte „zu ernähren“ haben? Allerdings, auf eine bessere Art konnte das dann nicht geschehen. ck.



Sozialdemokratischer Abreißkalender für das Jahr 1928. Das alte Jahr ist noch nicht zu Ende, aber schon schaut das neue herein. Einer der besten und gar nicht mehr zu missenden ist der Abreißkalender, den die Romer-Buchdruckerei und Verlagsanstalt (Berlin SW. 68, Lindenstr. 3) nun seit sechzehn Jahren herausgibt. Im Grunde ist dieser Kalender ein dickes Buch von mehr als 700 Seiten, das uns in vieler Hinsicht als Quelle und Hilfsmittel dienen kann. In keinem anderen Kalender wird man alle die historischen Daten finden, die sich auf die Arbeiterbewegung beziehen, und auch was sonst bemerkenswert ist in Politik, Geschichte, Literatur usw., wurde hier mit gründlicher Umsicht gesammelt. Das auch die wichtigsten atomistischen Notizen ihren Platz fanden, ist selbstverständlich; Statistiken aller Art sind da; zahlreiche Zitate aus sozialistischen Werken schließen sich an, und eine Fülle von Sentenzen in Prosa und Versen, dazu Gedichte namhafter Autoren bieten ein ebenso interessantes wie zweckmäßiges Material. Wo findet man ferner eine so lächelnde Uebersicht über den Stand der einzelnen Gewerkschaften und der sonstigen Organisationen, die uns irgendwie nahestehen? Kaum 100 Bände umfassen hier authentischen Bericht über sich. Der Kalender wird bekanntlich in Kupferdruck hergestellt, und da jeder Tag ein Bild bringt, haben wir hier ein illustriertes Jahrbuch in schönster Ausführung. Auch auf die Ausführung der farbigen Rückwand wurde besondere Sorgfalt verwendet, so daß der Kalender zugleich als ansprechendes Wandgemälde in Wohnung und Bureau dienen kann. Er kostet zwei Mark und das ist bei der Reichhaltigkeit des Inhalts wirklich sehr wenig. Wir empfehlen die Anschaffung.

Le Tracteur. Französisch-deutsches Sprachrohr und Unterhaltungsblatt. Hält erworbene französische Kenntnisse zu befestigen und zu erweitern. Eine lebende Sprache zu beherrschen hat noch niemals jemand, wohl aber oft zu einer gubigen Stellung verholfen. Probehefte kostenlos durch den Verlag des Traducteur in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

„Der Wahre Jakob“ ist zum Preise von 30 Pf. pro Exemplar in allen Volksbuchhandlungen zu haben.

Das Einzelheft der „Urania“, Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, kostet 40 Pf., der Abonnementpreis für die Ausgabe A (3 Hefte und eine broschürierte Buchgebilde) stellt sich pro Vierteljahr auf 1,60 M., für die Ausgabe B (3 Hefte und eine in Ganzleinen gebundene Buchgebilde) auf 2,25 M. Probehefte für Interessenten liefert die Urania-Verlags-Gesellschaft m. B. G. Jena.

„Die Gemeinde“. Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag J. S. W. Dieckhoff, Berlin SW. 68. Bezugspreis monatlich 60 Pf. Zu beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

„Frauenwelt“. Halbmonatsschrift. Preis 30 Pf., mit Schmitz-Musterbogen 40 Pf. Verlag J. S. W. Dieckhoff, Berlin SW. 68. Bestellungen bei allen Postämtern und Buchhandlungen.

„Illustrierte Reichsbanner-Zeitung“. Erscheint wöchentlich. Postabonnement monatlich 90 Pf. Postämter und Verlag J. S. W. Dieckhoff, Berlin SW. 68, nehmen Bestellungen an.

Soziale Bauwirtschaft. Monatlich zwei Hefte. Bezugsgebühr monatlich 1 M., für Gesellschafter monatlich 50 Pf. Zu beziehen durch: Verlagsgesellschaft MGB, Berlin.

„Lachende Volk“. Sumar in Vers und Prosa. Zusammengefasst von Walter Eychen und W. Gumbel. 290 Seiten. Kart. 3 M., Ganzleinen 4 M. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61. — Dem Arbeiterjugend-Verlag muß man Dank sagen. Er legt ein Buch vor, an dem man keine volle Freude haben kann. Von allen bisher veröffentlichten Summarationen unerschöpfte sich das Buch durch seine soziale Note. Politischer Humor wechselt mit befeindender Satire und humorigen Schürren. Von älteren und neueren Humoristen und Satiristen sind vertreten: Heine, Glabrenner, Kopisch, Reuter, Thomas, Mendel, Löns und viele andere. Ein derartiges Buch, vollgefüllt mit prägnantem, befeindendem und launigem Humor, fehlt uns schon immer. Nun ist es da, zwingt uns zum befeindenden Lachen. Wenn es auch in erster Linie als Vortragbuch für die Kreise der Jugend gedacht ist, so wird es jeder Freund von Sumar gern zum Lesen in die Hand nehmen, denn die wirklich gute Sammlung ist im besten Sinne ein Hausbuch für die Familie. Deshalb sollte es in keiner Bücherei, in keiner Hausbibliothek fehlen. Reicht das „Lachende Volk“ als köstliches Geschenk; es ist geeignet, über die Schwere des Alltags und des Kampfes ein befeindendes Lachen auszulösen. Zu beziehen durch jede Buchhandlung.